# FRAP-Erklärung gegen Folterungen Seite4

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 32 vom 18. August 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

# Entlassungen werden vorbereitet!

## Gewerkschaftsführer bereiten Faschisierung den Weg

**Die Auftragsbücher der westdeutschen Großindustrie quellen über. Besonders beim Export. Beim Maschinenbau zum Beispiel haben die Exportaufträge um 55% zugenommen, beim Fahrzeugbau um 36%. Die Gewinne der westdeutschen Konzernherren werden in diesem Jahr um 17% steigen – wie die Süddeutsche Zeitung feststellt.**

**Diese Gewinne werden vor allem auf dem Rücken der Arbeiterklasse erwirtschaftet. Laut Deutschem Wirtschaftsinstitut wird der Rationalisierungsterror ständig verschärft: die Arbeitsproduktivität ist um 7% gestiegen – das ist doppelt so viel wie im 1. Halbjahr 1972. Die Preise steigen weiter.**

**Schärfere Rationalisierungsmaßnahmen sollen folgen: In der Bauindustrie sind bereits tausende entlassen, bei MAN in Augsburg, bei Conti, bei Leitz ebenfalls hunderte Entlassungen. Das Offertenblatt Zentralmarkt schreibt: "Es ist kein Geheimnis, mehr, daß zahlreiche Großunternehmen intern bereits Vorbereitungen getroffen haben, um sowohl den Verwaltungs- als auch den Produktionsapparat zu durchleuchten mit dem Ziel, die Personalkosten zu senken."**

**Während die Arbeiterklasse in immer breiterer Front den Kampf gegen Lohnraub und Teuerung in den Betrieben führt, versucht die Gewerkschaftsführung, diesen Kampf zu sabotieren und die Arbeiter vor den Karren der westdeutschen Imperialisten zu spannen.**

Die Gewerkschaftsführer, Herrscher über ein riesiges Kapital, streben als Kapitalisten selbst nach Profit. So hat der gewerkschaftseigene Baukonzern 'Neue Heimat', Hamburg, im vergangenen Jahr einen Rekordumsatz von 4,24 Mrd. DM (23% mehr als im Vorjahr) erzielt. Dadurch ist die ausgewiesene Bilanzsumme um 1,3 Mrd. DM gestiegen! Die Bank für Gemeinwirtschaft, zweitgrösste Bank in Westdeutschland, ist mit den wichtigsten Industriemonopolen in Westdeutschland verknüpft. **Das ist die materielle Grundlage für die Politik der Gewerkschaftsführer.**

Im letzten RM haben wir in dem Artikel "Von Preisstopp wird geredet – Lohnstopp wird vorbereitet" festgestellt, dass die Gewerkschaftsführung kein Mittel scheut, die Arbeiterklasse am Kampf gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung zu hindern. Während der Streiks für Teuerungszulagen in den Betrieben, hat es keinen einzigen Gewerkschaftsführer gegeben, der sich auf die Seite der kämpfenden Arbeiter gestellt hätte. **Die DGB-Führung hat vielmehr alles getan, um die Streikbewegung als 'wild' und 'aufrührerisch' zu verketzern, um in der Öffentlichkeit gesetzlichen Massnahmen der SPD-Regierung gegen die kämpfenden Arbeiter den Boden zu bereiten.**

Vor einigen Tagen nun hat die DGB-Führung klar gemacht, dass sie auch bei den nächsten Tarifverhandlungen der Arbeiterklasse in den Rücken fallen wird: Sie will zugunsten der Stabilität der Profite auf höhere Lohnforderungen verzichten. Stattdessen schlägt Vetter einen Preisstopp vor. Was steckt hinter dieser Forderung?

Das Handelsblatt, Wirtschaftsblatt der Bourgeoisie, schreibt dazu: Kein System der administrativen Preisbindung sei längerfristig durchsetzbar ohne ein umfassendes System der Zwangsbewirtschaftung

Fortsetzung auf Seite 3



Küppersbusch: Streik gegen Lohnraub und Teuerung
Bericht siehe Seite 3

**FRELIMO in Bonn.**

## Trotz schöner Worte:

# Bonn mordet mit!



Angehörige der FRELIMO ziehen in den Kampf

**- Anläßlich des Besuchs einer Delegation der Frelimo (Befreiungsfront für Mozambique) bei der SPD in Bonn waren viele 'gute Worte' über die afrikanischen Befreiungsbewegungen und viel Schelte auf Portugal zu hören. Die SPD gebärdete sich als großer Freund der Befreiungsbewegungen und tat, als eröffne sie ein neues Kapitel in den Beziehungen der Bundesrepublik zur Frelimo. Die wenigen, offen imperialistischen Stimmen im Land, wie z.B. die von Ministerpräsident Filbinger (Baden-Württemberg), der die Einladung der Frelimo nach Bonn kritisiert hatte, verstärkten diesen Eindruck nur noch.**

Worum es wirklich ging, sehen wir unter anderem daran, was die SPD vor und während des Frelimo-Besuches von sich gab und wie das zu ihren Taten passt.

Den Reigen der tönenden Worte eröffnete 'Entwicklungs'hilfe-Minister Eppler im sozialdemokratischen 'Vorwärts'. Die Dauer des portugiesischen Kolonialkrieges werde von der öffentlichen Meinung im Europa der Neun entschieden, schrieb er und "ein neues Vietnam im portugiesischen Afrika dürfen wir nicht geschehen lassen." Schliesslich sei Portugal keine Weltmacht, sondern ein Land am Rande Europas mit der Analphabetenquote eines Entwicklungslandes, dessen Zukunft in Europa liege und nirgends sonst.

Mit seinem Wortgerassel wollte Eppler verbergen, **dass im 'Europa der Neun' die westdeutschen Imperialisten die Vormacht haben und mit Hilfe und unter dem Deckmantel der EG ihre Ausplünderung gerade in Mozambique vorantreiben, um sich eine Schlüsselposition im südlichen Afrika aufzubauen.** Deshalb gewähren sie Portugal massive militärische Unterstützung mit Bundeswehr-Beratern in den portugiesischen Kolonien, einer Söldnerarmee von Krupp in Angola und Lieferung von schwerem militärischem Gerät und Waffen. Um diese Waffen entbrannte dann auch sofort ein grosses Palaver.

Da hiess es, die Bundesregierung genehmige schon seit etwa zwei Jahren keine 'offiziellen' Waffenverkäufe an Portugal mehr. Über die 'inoffiziellen' sagte sie nichts, aber von 'unterrichteter Seite' in Bonn wurde die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass von 'kommerzieller' Seite Waffen an Portugal verkauft werden. **An diesem Geschwätz ist leicht zu erkennen, wie das mit den Waffenlieferungen an Portugal läuft: kontinuierlich.** Zur weiteren Augenwischerei wurde vorgeschlagen, den Waffenlieferungen an Portugal eine 'Endverbleibsklausel' anzuhängen, wonach die gelieferten Waffen 'im gemeinsamen Sicherheitsinteresse nur für Verteidigungszwecke im Rahmen der NATO verwendet werden" ...
Als ob die Nato, dieses aggressive Kriegsbündnis, die portugiesischen Imperialistenknechte hindern wollte. Die blutige Unterdrückung von Befreiungskämpfen wird von den Imperialisten ohnehin als 'Verteidigungskrieg' ausgegeben.

Die Katze aus dem Sack liess schliesslich der SPD-Vizevorsitzende und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Kühn, der sich 'voll und ganz' hinter die verwaschenen Worte Epplers stellte und ebenfalls die Befürchtung äusserte, dass sich in den portugiesischen Kolonien ein neues Vietnam entwickelt. **Zugleich sprach er sich**

Fortsetzung auf Seite 2

## Aus dem Inhalt

# X. Weltjugendfestspiele in Ostberlin. Tummelplatz für die Imperialisten

**Durch den Verrat am Sozialismus in der Sowjetunion, durch internationale Sabotage am Befreiungskampf der Völker – sei es in Indochina oder im Nahen Osten – haben die Sozialimperialisten immer mehr ihre Maske des Antiimperialismus verloren. Unter der trügerischen Losung "Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft" sollte das Schauspiel in Ostberlin die arg verdreckte Fassade des 'Antiimperialismus' wieder etwas aufpolieren. Im RM Nr.29 haben wir bereits ausführlich die Ziele, die der sowjetische Sozialimperialismus mit den Weltujgendfestspielen verfolgt, dargelegt.**

**Dieser Artikel geht auf den Verrat der revisionistischen DDR-Führung als Organisator und offizieller Gastgeber der Spiele ein.**

**Zum ersten Mal nahmen offizielle Delegationen der unterschiedlichsten Jugendverbände aus der Bundesrepublik an den revisionistischen Weltjugendfestspielen teil, die diesmal in Ostberlin veranstaltet wurden. Neben der revisionistischen SDAJ aus Westdeutschland und der FDJ (Westberlin) kamen die Falken, die Naturfreunde, die katholische und evangelische Jugend, die DGB-Jugend, die Jungdemokraten, die Jungsozialisten und sogar die Junge Union, um nur einige zu nennen. Als sie im 'Stadion der Weltjugend' – vormals 'Walter-Ulbricht-Stadion' – einmarschierten, erklang als Erkennungsmelodie "Horch, was kommt von draußen rein?" Eine wichtige Frage, umso mehr, als auch einige SPD-Bundestagsabgeordnete feststellten: "Damit hat die DDR Türen geöffnet, die sie nicht mehr zuschlagen kann."**

Wer die III.Weltjugendfestspiele von 1951 noch in Erinnerung hat, **mit ihren machtvollen Aufmärschen gegen den Imperialismus, der klassenbewussten Arbeit in den Arbeitskreisen und den Beschlüssen, wie der Kampf gegen den Imperialismus im Heimatland eines jeden Teilnehmers geführt werden muss**, der stiess 1973 auf etwas ganz anderes. Die Spiele waren ein betrügerischer Rummel, um die Jugend der Völker mit dem Imperialismus zu versöhnen.

Dieser Ausrichtung der Spiele entsprach es, dass zu den acht schon bestehenden Diskotheken 90 neue errichtet wurden. Man stampfte ein kapitalistisches Nachtleben aus dem Boden, das mit heulender Musik etwaige Zweifel der Teilnehmer überbrüllen sollte. Die Weimarer Studentenkapelle spielte unentwegt nur englische Beat-Stücke!

In den Anlagen lagerten nächtelang Hunderte von Teilnehmern in Hippyart herum, bis sie von den Sprühwagen der Stadtreinigung und den empörten Arbeitern der Frühschicht aufgescheucht wurden. Überall kultureller Verfall und bürgerlicher Sumpf.

Es waren 'heitere Spiele', die vieles verbergen sollten.

Was sie verbergen sollten, verriet Honecker schon in seiner Eröffnungsrede. **Er rief zur antiimperialistischen Solidarität auf, nannte aber keine einzige imperialistische Macht, gegen die sich diese Solidarität richten muss**, wenn sie die unterdrückten Völker im Kampf gegen den Imperialismus unterstützen soll.

Und das verwundert nicht. Denn das Ziel, das die Kremlherren und ihre eilfertigen Diener in Ostberlin mit diesen Spielen verfolgten, war es, viel Lärm über sogenannten Antiimperialismus zu machen, um die imperialistischen Machenschaften der Moskauer Führer zu vertuschen. Verrat und Sabotage an der internationalen antiimperialistischen Bewegung zeigen sich aber schon darin, dass sie zugunsten ihrer aggressiven Allianz mit dem US-Imperialismus nicht einmal in Worten mehr wagen, zum Kampf gegen den US-Imperialismus aufzurufen.

Auch über den westdeutschen Imperialismus wurde zugunsten des Komplotts Bonn-Moskau Stillschweigen bewahrt. Ja, es war ihm sogar gestattet, für seine Revanchepolitik in Ostberlin öffentlich zu werben. So konnten z.B. in der westdeutschen Delegation Westberliner und Westdeutsche gemeinsam in einem Block marschieren.

Worüber er sich unter anderem mit ihnen verständigt hatte, ist aus dem Auftreten der westdeutschen Delegationen bei der Eröffnung ersichtlich: Westdeutsche und Westberliner marschierten in einem Block.

Dass die **FDJ** (Westberlin) als einzige unter der Berliner Bärenfahne marschierte, diente nur als Bemäntelung der Tatsache, **dass die Revisionisten um Honecker Westberlin nicht mehr zum Territorium der DDR rechnen und auch auf die volle Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung verzichtet haben.** Das durften die Redner der westdeutschen Delegationen unwidersprochen verkünden, wie z.B. der Juso Klaus Uwe Beneter aus Westberlin, der es einen Ausfluss des Berlin-Abkommens nannte, dass er jetzt ein Juso der Bundesrepublik Deutschland sei. Sie durften es unwidersprochen auch schriftlich unter die Leute bringen, wie im Flugblatt, das die Jusos verteilten. Schliesslich durfte Juso-Chef Roth eine Rede halten und nicht nur**, dass ihm Willi Stoph und Helmut Kohl andächtig lauschten, die Rede wurde auch noch im 'Neuen Deutschland' in vollem Wortlaut abgedruckt und gelobt**, obwohl sie Passagen auch zu Westberlin als Bundesland und zur Nichtanerkennung der DDR enthielt. Die Revisionisten der DDR hatten damit den Sozialdemokratismus und Revanchismus offen und offiziell in die DDR hineingelassen.

Was heisst das aber? Das heisst, dass sie die Partei des westdeutschen Imperialismus ihre Linie propagieren liessen, deren Regierung z.B. **Bürgschaften für Investitionen der westdeutschen Imperialisten in Angola und Mozambique leistet, mitmordet und damit der Todfeind der unterdrückten Völker ist.** Das heisst, dass sie dem westdeutschen Imperialismus Tür und Tor zur DDR aufgemacht haben, die sie nicht mehr zuschlagen können. Dies und anderes sollte durch die 'heiteren Spiele' vor der in Ostberlin versammelten Jugend mit Pop und Beat und mit antiimperialistischen Phrasen verschleiert werden.

## Polizeiterror gegen Marxisten - Leninisten

Ein weiteres Mittel war **der massive Aufmarsch von Polizeikräften aus der ganzen DDR und der Einsatz einer Armee von Zivilspitzeln** in allen Teilen Ostberlins. Da gab es Pläne für den Blitzeinsatz der kasernierten Polizei, Urlaubssperre bei allen bewaffneten Organen und die obligaten Schwarzen Listen unerwünschter Personen. Auch darin glichen die Weltjugendfestspiele der Olympiade in München. Die schöne Fassade der DDR nach innen und aussen sollte nicht beschädigt werden, um dahinter die räuberische Politik der sowjetischen Sozialimperialisten und den eigenen Verrat am Proletariat und an den unterdrückten Völkern verbergen zu können.

Dieser Polizeiaufmarsch galt aber nicht etwa reaktionären Organisationen wie der Jungen Union, sondern Revolutionären, die den Verrat der Revisionisten entlarven konnten. Sie fürchteten, **dass die KPD/ML und andere Antiimperialisten den Kampf gegen ihre faulen Spiele so aufnehmen könnten, wie gegen den olympischen 'Frieden' am Roten Antikriegstag in München.**

**Zur Abwehr dieser Gefahr arbeitete die VoPo einträchtig mit der westberliner Polizei zusammen.** Genossen wurden durchsucht und abgewiesen oder von D'K'P- und SEW-Spitzeln an die VoPo denunziert. Doch das gelang den Bütteln diesseits und jenseits der Mauer nicht immer. Viele Genossen diskutierten auf den Weltjugendfestspielen mit FDJ-lern und anderen Teilnehmern, entlarvten die Rolle der Spiele und propagierten die korrekte Linie im antiimperialistischen Kampf, den Klassenkampf im eigenen Land zur Unterstützung der von den Imperialisten unterdrückten Völker. Die Spiele sind vorbei und die DDR ist auf ihrem Weg zurück zum Kapitalismus ein gutes Stück vorangekommen. Aber die neue Bourgeoisie in der DDR stösst schon jetzt auf den Widerstand der Arbeiterklasse, die ihren Betrug immer besser durchschaut. **Die neue Bourgeoisie der DDR wird, wie jede Ausbeuterklasse, ihre Rechnung präsentiert bekommen.**




**Den Revanchisten Tür und Tor geöffnet: 'Junge Union' in Ostberlin**

## Genossen in Ostberlin: VR China gegen diese Weltjugendfestspiele

**"Als erstes nahmen wir uns vor, der chinesischen Botschaft einen Besuch abzustatten. Auf der Fahrt dorthin: viel nichtssagender Flitterkram, aber keine revolutionären Losungen. Vor der chinesischen Botschaft wurden wir von einem DDR-Polizisten aufgehalten, der die Pässe sehen wollte.**

In der chinesischen Botschaft wurden wir sehr herzlich empfangen. Bereitwillig wurden unsere Fragen beantwortet. Natürlich interessierte uns am meisten, warum die VR China an den Weltjugendfestspielen nicht teilnimmt. Die Antwort war, dass die VR China seit 1966; wegen grundlegender Differenzen an den Vorbereitungskomitees nicht mehr teilnimmt. **Ihre Aufgabe ist es seitdem vielmehr, die Völker der Welt in ihrem gerechten Kampf gegen den US- und SU-Imperialismus zu unterstützen und dabei auf die besondere Gefährlichkeit des SU-Imperialismus hinzuweisen. Er will sich hier in Ostberlin mit den Weltjugendfestspielen eine friedliche Maske aufsetzen, hinter der er Kriege gegen die Völker vorbereitet. Dies will und kann das chinesische Volk nicht unterstützen.** Zum Abschied erhielten wir einige 'China im Bild' geschenkt (die uns später FDJ-ler, mit denen wir diskutierten, begierig aus den Händen rissen).

Als wir das Botschaftsgebäude verliessen, wieder die DDR-Polizei: VoPos, die uns fotografierten, Spitzel, die uns stundenlang verfolgten.

Auf dem Alexanderplatz hatte sich eine grosse Menge Jugendlicher um eine Lautsprecheranlage versammelt, aus der Politschnulzen quollen. Wir kamen in Kontakt mit einer FDJ-Gruppe, revolutionäre Lieder wurden gesungen. Die Antwort der Festspielleitung: Verstärktes Aufdrehen der Beatmusik.

Ein Stück entfernt setzten wir uns schliesslich auf eine Rasenfläche und sangen Arbeiterlieder. Die FDJ-ler kannten sie zum grössten Teil gar nicht mehr. **Auf ihren Wunsch sangen wir ihnen einige kämpferische Lieder vor. Vom Thälmannlied wollten sie sofort den Text haben. Nach dem Singen der Internationale hiess es dann: "Es lebe Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-Tung.**

## Bonn mordet mit

**gegen Waffenlieferungen an die Befreiungsbewegungen in Angola, Mozambique und Guinea-Bissao aus und betonte, es gebe schon zuviel Waffen in dieser Region.** Keine Unterbindung der Waffenlieferungen an Portugal und keine Waffen an die Frelimo, keine Behinderung der Portugiesen und keine Unterstützung für die Befreiungsbewegung – klarer konnten er und mit ihm die SPD nicht sagen, wessen Interessen sie vertreten: die der westdeutschen Imperialisten, die Milliarden in Mozambique investieren, um Abermilliarden herauszupressen, um das Volk und seine Bodenschätze auszuplündern.

**So sichern sie die Weiterführung des blutigen Kolonialkrieges der portugiesischen Schergen, hängen sich selbst aber einen neutralen Deckmantel um.**

Damit baut sich der westdeutsche Imperialismus eine Position auf, um selbst als Gendarm auftreten zu können, um mehr Einfluss in diesen afrikanischen Ländern zu gewinnen. Wischnewski, der die Frelimo nach Bonn eingeladen hatte, erklärte dass die SPD die Forderung der Frelimo nach Einstellung aller Waffenlieferungen nach Portugal unterstütze, dass sie die Öffentlichkeitsarbeit der Frelimo in der Bundesrepublik unterstützen wolle und dass sie sich für die Unabhängigkeit Mozambiques einsetzen werde.

Die wirklich offizielle Stellungnahme gaben der Regierungssprecher von Wechmar und das Auswärtige Amt. "Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, ihre Beziehungen zu Portugal in toto (insgesamt – Anm.d.R.) auf eine neue Grundlage zu stellen" – und: **"die Beziehungen zu Portugal dürfen aus Sicherheits- und handelspolitischen Gründen nicht gefährdet werden."** Na klar! Die Sicherheit von Siemens, AEG-Telefunken, BBC, Hochtief, Voith und anderen und ihre Riesenprofite beim Bau des Cabora-Bassa-Staudamms und bei der Ausplünderung des Volks von Mozambique dürfen nicht gefährdet werden – das sind die 'handelspolitischen Gründe'.

Die portugiesischen Schergen selber erklärten in ihren Zeitungen: Kein Grund zum Zittern wegen des Wortgerassels der SPD, **denn Portugal ist ein sehr geschätzter Kunde der deutschen Wirtschaft.**

Die SPD kann sich drehen und wenden wie sie will,sie und die von ihr geführte Bundesregierung morden in Mozambique im Auftrag der westdeutschen Imperialisten mit. Darüber können sie niemand mehr täuschen. **Doch die Dauer des Befreiungskamfes bestimmt das Volk von Mozambique mit der Frelimo an der Spitze.** und sie werden dafür sorgen, dass der völlige Sieg des Volkes über den westdeutschen Imperialismus und seine portugiesischen Schergen bald errungen wird. **Helfen wird dabei die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern**, die als einzige Kraft die Forderungen der Frelimo durchsetzen kann.

In der Bundesrepublik muss die KPD/ML den Kampf gegen die imperialistische politik des westdeutschen Kapitals im südlichen Afrika organisieren. **In diesem Kampf muss der westdeutsche Imperialismus entscheidend geschwächt werden.**




Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07, Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 - 435 (G. Schubert).

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: NAV GmbH, 1Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig, Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Fortsetzung von Seite 1

des gesamten Güter- und Leistungsverkehrs (Ablieferungs-, Bezugs- und Bevorratungspflicht)."

## Ruf nach dem starken Staat

**Eine derartige Zwangswirtschaft aber setzt politisch einen faschistische Diktatur voraus.** Unter dem Hitlerfaschismus, als die deutschen Monopolherren zum Krieg rüsteten und gegen die europäischen Völker ins Feld zogen, gab es diese Zwangswirtschaft. Der Staat, als Vertreter der gesamten Kapitalistenklasse hatte es übernommen, die gesamte Wirtschaft auf den Krieg auszurichten. Das heisst zum einen, dass er im Interesse des mächtigsten und aggressivsten Monopolkapitals die gesamte Kapitalistenklasse auf den Krieg ausrichtet. Das heisst aber vor allem, dass der Arbeiterklasse jede legale Möglichkeit verwehrt wird, in welcher Form auch immer, den Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen. Auf eine solche faschistische Diktatur läuft Vetters Forderung letzten Endes hinaus. Unter dem Hitlerfaschismus ging das soweit, dass schliesslich die Organisationen der Arbeiterklasse verboten wurden und die Arbeiter zwangsweise mit den Kapitalisten in der Arbeitsfront organisiert wurden. **Der Aggressionskrieg der deutschen Imperialisten verlangte, dass alles unter ein Kommando gestellt wurde, unter das Kommando des Staates als Herrschaftsapparat der Monopolbourgeoisie.**

Bedeutet das, dass der westdeutsche Imperialismus heute bereits zum offenen Faschismus übergeht? Die Bourgeoisie selbst stellt Vetter gegenüber fest, dass momentan noch nicht "für ein solches Zwangssystem... die apparativen Voraussetzungen bestünden."

## Vorbereitung auf Krieg...

Vetters Forderung soll allerdings jetzt bereits für einzelne faschistische Massnahmen, die in Richtung faschistische Zwangswirtschaft gehen, den Boden bereiten.

Man darf sich keinen Illusionen hingeben, die deutschen Imperialisten würden nicht noch einmal den Weg des Faschismus einschlagen: Bereits heute stehen wichtige Industrien unter Kontrolle des Staates: Wer im Postwesen oder bei der Bundesbahn arbeitet, hat als Beamter des Staates kein Streikrecht. Stattdessen muss jeder aufs Grundgesetz schwören – und wer dann nicht spurt, wird per 'Radikalenerlass' vor die Tür gesetzt. **Wenn der Staat daher verstärkt die Schlüsselindustrien selbst in die Hand nimmt wie beim Aufbau der Veba als staatlichem Ölkonzern oder bei der RAG im Bergbau, so ist das eine Massnahme, die darauf hinausläuft, dass im Krisenfall die Beschäftigten jedes Recht auf Streik verlieren. Gerade diese Entwicklung aber versuchen die Gewerkschaftsführer gemeinsam mit den Revisionisten voranzutreiben, wenn sie die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien fordern.**

## ...und Bürgerkrieg

Zum anderen hat der westdeutsche Imperialismus sich heute bereits die gesetzliche Grundlage geschaffen für ein umfassendes System der faschistischen Zwangsbewirtschaftung: 'Dienstverpflichtung', das 'Festhalten am Arbeitsplatz', 'Einsatz von Streitkräften gegen organisierte und militärisch bewaffnete Aufständische' – das sind feste Bestandteile der Notstandsgesetze. Bundeswehrübungen 'gegen streikende Henschelarbeiter', wobei Soldaten in der üblichen Berufskleidung von Industriearbeitern 'als Feinde verkleidet' auftreten, zeigen, dass diese Gesetze nicht für die Schublade gemacht sind. Auch hier wieder ist es die DGB-Führung, die heute bereits den Einsatz von Polizeikräften gegen streikende Arbeiter billigt.

**Immer wieder wird die Gewerkschaftsführung vom Kapital an die Front geschickt, um unter demagogischer Ausnutzung der berechtigten Wünsche der Arbeiterklasse, den Kampf der Arbeiter gegen die westdeutschen Imperialisten in sein Gegenteil verkehren.**

**Es ist der berechtigte Wunsch der westdeutschen Arbeiterklasse, dass die westdeutsche Monopolbourgeoisie enteignet wird. Das ist aber einzig durch die gemeinsame Revolution der Arbeiterklasse unter Führung ihrer Kommunistischen Partei möglich. Die Gewerkschaftsführer aber verbreiten die Illusion, dass Verstaatlichung Enteignung bedeute, um so die Faschisierung der Wirtschaft voranzutreiben.**

**Es ist der berechtigte Wunsch der Arbeiterklasse, dass die Preise stabil sind. Aber nur in China und Albanien – im Sozialismus – sind die Preise stabil und werden sogar gesenkt. Die DGB-Führer aber predigen den Preisstopp mit dem Lohnstopp in der Hinterhand. Unter dem Titel "Arbeiter fordern Preisstopp" und "Arbeiter fordern Verstaatlichung" soll im 'Namen der Arbeiterklasse' die Faschisierung gefordert werden.**

Indem sie so die Gewerkschaftsführer vorschiebt, wendet die Bourgeoisie denselben Trick an, wie bereits bei dem geplanten Verbot unserer Partei. Auch hierbei kam aus den Reihen der Gewerkschaftsführung zuerst der Antrag auf ein Verbot, damit in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, das Volk selber fordere die Regierung auf, die Marxisten-Leninisten zu illegalisieren.

## D'K'P-Führer - Wegbereiter des Faschismus

Die Revisionisten sind dabei die besten Helfer. Mit ihrer Parole "Macht den DGB stark", versuchen sie immer wieder, der DGB-Führung den schwindenden Einfluss zu retten. Sie nehmen die Schande auf sich, unter dem Mantel des Marxismus-Leninismus die faschistischen Forderungen der DGB-Führer zu unterstützen. Sie geben die Forderung nach Überführung der Grundindustrie unter die Leitung des imperialistischen Staates als Forderung der Kommunisten aus, damit die Arbeiterklasse den Faschisierungstendenzen der westdeutschen Bourgeoisie Tür und Tor öffnen soll. So wollen sie die Arbeiterklasse an ihre Henker ketten.

**Die berechtigten Wünsche der Arbeiterklasse nach Enteignung der westdeutschen Imperialisten, nach stabilen Preisen usw. sind einzig durch die proletarische Revolution zu erreichen. Die Aufgabe unserer Partei ist es, der Arbeiterklasse in ihren Kämpfen, die ständig an Breite und Stosskraft zunehmen, zu zeigen, dass diese Kämpfe bewusst gegen das Kapital, seinen Staat und sein Instrument, den DGB-Apparat gerichtet werden müssen. Nur so können die Angriffe der Bourgeoisie, ihre faschistischen Massnahmen gegen die Arbeiterklasse, zum Bumerang für den westdeutschen Imperialismus gemacht werden.**

## Krauss-Maffei

# Billigere 'Leoparden' auf dem Land

### Roter Panzer - Reportage: Werk Forstern

**"Auf der letzten Betriebsversammlung verkündete Kolenda (Mitglied des Betriebsrats – RM) voller Stolz, daß Krauss-Maffei ein neues Zweigwerk in Forstern besitzt und daß dies unter anderem der Initiative des Betriebsrats zu verdanken sei...**

**Was steckt hinter den dürftigen Informationen, die uns der Betriebsrat und 'KM-Aktuell' über Forstern anbieten?**

**Um das herauszufinden, fuhren Genossen vom ROTEN PANZER nach Forstern und sprachen mit einigen der dort arbeitenden Kollegen. Die Informationen, die uns die Kollegen gaben, ...zeigen eins deutlich: Ob Arbeiter oder Bauer – für beide ist der Kapitalismus das gleiche Übel."**




Die Besitzer des dortigen Werks, die Gebrüder Eicher, konnten nach dem zweiten Weltkrieg mit der Produktion von Landwirtschaftstraktoren einige gute Geschäfte machen. "Als Folge der Wirtschaftskrise 1966/67 kamen die Gebrüder Eicher in Kapitalschwierigkeiten und wurden die Beute eines amerikanischen Grosskonzerns – der Massey Ferguson Co." Das hatte seinen Grund mit in der Verarmung der Bauern: "Zuviele kleine und mittlere Bauern hatten nicht mehr das Geld für die teuren Maschinen – viele Bauernwirtschaften mussten aufgeben. Etliche Bauern, die früher mit Eicher-Traktoren ihre Felder bestellt hatten, arbeiteten später als angelernte Arbeitskräfte bei Eicher. **Nicht wenige wurden vom deutschen 'Wirtschaftswunder' jetzt so doppelt ruiniert – vom selbständigen Landwirt zum angelernten Arbeiter – nach einigen Jahren in der Fabrik Verlust des Arbeitsplatzes, da der Betrieb aufgegeben wird.**

Die 500 Mitglieder der ehemaligen Eicher-Belegschaft, die von Krauss-Maffei nicht übernommen worden sind, sind vor allem solche angelernten Arbeiter.

Wie bei jeder Aufgabe eines Betriebes zeigte sich auch bei Eicher Forster, wie Kapitalist und Arbeiter "in einem Boot sitzen". Die ausgestellten Arbeiter müssen sich einen neuen Arbeitsplatz suchen, fernab von ihrer Wohnung (nach München fährt man mit dem Bus etwa eine Stunde) – die Bosse hingegen haben längst ihre Schäfchen im Trockenen. Neben der Eicher-Villa stehen reihenweise unverkaufte Traktoren, von denen schon der Schrottwert für die Eicher-Brüder einen gesicherten Lebensabend bedeutet. Ausserdem pfeifen es in Forstern die Spatzen von den Dächern, dass in der Zeit, als es beim Eicher 'drunter und drüber ging", 100 Eicher-Wotan (der teuerste Traktor) von Mitgliedern des leitenden Managements nach Frankreich verschoben worden sind.

### Das Interesse von Krauss-Maffei

Ihre Rechnung ist einfach: billige Arbeitskräfte, plus billige Investitionsmöglichkeiten, plus erhöhter Profit. Billige Arbeitskräfte, das sind auf dem Lande die tausende von Klein- und Mittelbauern, die ihre Landwirtschaft aufgeben müssen. Sie arbeiten billiger, weil sie lieber in der Nähe des Dorfes bleiben. Ausserdem können sie sich schlechter gegen die Willkür der Kapitalisten wehren, da sie verstreut wohnen und nicht im Klassenkampf erfahren sind wie die Arbeiter in den Industriezentren.

So erzählt uns ein Kollege von Allacher Kollegen, die in Forstern auf Montage waren, dass im Werk Forstern wesentlich kürzere Akkordzeiten gegeben werden als für vergleichbare Arbeiten in Allach. – Ein Lehrling erzählt uns, dass er zur Zeit von 160 Stunden 110 in der Produktion arbeitet. So wird die Unerfahrenheit der Kollegen auf dem Land von den Kapitalisten schamlos ausgenutzt (die Hälfte der Lehrlinge ist nicht einmal in der Gewerkschaft organisiert).

Auf der anderen Seite werden die Kapitalisten durch die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte auf dem Land auch versuchen, die Löhne in den Stadtbetrieben zu drücken.

**Den Tricks der Kapitalisten, die Arbeiter auf dem Land gegen die aus der Stadt auszuspielen, müssen wir entgegentreten – in unserem eigenen Interesse, genauso wie zur Unterstützung der Kollegen in Forstern:**

**Die erste Forderung muss sein:**

**GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT!**

**Es gilt, gegen die Machenschaften der Kapitalisten die Einheit der Arbeiter in Stadt und Land herzustellen. Gemeinsam sind wir stark."**

### Krauss-Maffei: Preistreiberei durch Betriebsrat

Die Betriebszeitung der KPD/ML bei Krauss-Maffei, "Roter Panzer" schreibt:

"In diesem Jahr wurden die Kantinenpreise erhöht, danach die meisten Artikel am Brotzeitstand und vor nicht langer Zeit auch noch die Milch. Vor einigen Wochen nun erhöhte sich auch der Preis der kalten Getränke an den Automaten von 20 auf 30 Pfg. Das sind sage und schreibe 50 Prozent. Diese Automaten gehören dem Betriebsrat Pitsch, Mitglied der IG Metall.

Und bei dieser Preistreiberei macht auch noch der Kantinenausschuss mit. Hier sitzen noch mehrere Betriebsräte, Mitglieder der IG Metall darin, die dies unterstützen...."

## Streik bei Küppersbusch

Nachdem die Bosse vom Küppersbusch-Vorstand ein Flugblatt von den Pförtnern an die Belegschaft verteilen liessen, in dem sie mitteilten, aus stabilitätspolitischen Gründen keinen Pfennig zahlen zu wollen, gaben die Kollegen am anderen Tag die Antwort. 1 500 bis 2 000 Mann legten die Arbeit nieder, und marschierten in einem Demonstrationszug um das Werk. Ihre Forderung ist: 40 Pfennig mehr die Stunde, 280,-- DM mehr Weihnachtsgeld. Die Küppersbuscher haben schon einmal in diesem Jahr die Klamotten hingeworfen, und dem 8,5%-Lohndiktat der Gewerkschaftsführung vom Anfang dieses Jahres den Kampf angesagt.

Als die Genossen der KPD/ML am anderen Tag die Kollegen bei Küppersbusch mit Flugblättern versorgten, ereignete sich folgender Vorfall:

"Einen Tag nach der ersten Streikaktion, verteilten wir ein Flugblatt, in dem wir auch die klassenversöhnlerische Politik der D'K'P angriffen. Ein Küppersbusch-Kollege, der aus einem anderen Teil des Werkes bei uns vorbeikam, diskutierte mit uns und erklärte sich dann bereit, an einem Tor, wo man ihn nicht kennt, unsere Flugblätter mit zu verteilen.

Doch kaum stand er dort, riss ihm ein Verteiler der D'K'P mit den Worten "Den Dreck will doch keiner lesen" den ganzen Stapel aus der Hand. Dasselbe versuchten sie bei einer Genossin und drohten uns Prügel an.

Die Kollegen, die zur Arbeit gingen, waren empört über den Vorfall und der neu gewonnene Kollege der gleich mit verteilt hatte, griff den D'K'P-Verteiler heftig an. Der D'K'P-Verteiler war gezwungen, die Flugblätter von uns, die er runtergerissen hatte, selbst wieder aufzusammeln."

## Mannesmann Düsseldorf

Korrespondenz. Unser Kollege Beil hatte sich als Jugendvertreter immer konsequent für die Interessen der jungen, aber auch der älteren Kollegen eingesetzt. Das passte den Mannesmann-Bossen genausowenig wie den reaktionären Berufsbetriebsräten und den Bonzen in der örtlichen IG-Metall.

Vor ihm war bereits Ende 72 sein Jugendvertreterkollege Strojeck gefeuert worden. Als Kündigungsgrund war man G.Beil schlechte Schulnoten und Fehlen am Arbeitsplatz vor. Er war beim Zahnarzt gewesen und hatte die Bescheinigung erst 7 Tage später nachgereicht.

Der Betriebsrat stimmte der Kündigung mit knapper Mehrheit zu. Noch während der Sitzung gingen 15 Kollegen zu den Betriebsräten, um die Wiedereinstellung zu fordern. Die Jugendvertretung konnte durch Einspruch den Beschluss für eine Woche ausser Kraft setzen.

## Jugend vertreter gefeuert!

Am 10.8. fand dann eine Solidaritätsdemonstration statt. Die IG Metallbonzen hatten es allerdings abgelehnt, diese Aktion zu unterstützen. An der Demonstration beteiligten sich ca. 120 Kollegen und Freunde – unter ihnen Genossen der Roten Garde und unserer Partei. Auch die 'KPD' und ihre Jugendorganisation beteiligte sich. Polizeispitzel verfolgten den Zug und versuchten unterwegs Gespräche von Demonstranten auf Tonband aufzunehmen.

Die Demonstration endete mit einer Kundgebung. Dort sprachen Jugendvertreter und Kollegen von Ford-Köln, Mannesmann-Rath, Schering, Mannesmann Solingen, und anderen Betrieben ihre Solidarität mit dem Kollegen aus. Besonderen Beifall bekam ein griechischer Kollege. Sie waren alle der Meinung: Wir weichen keinen Schritt zurück, wir werden jetzt erst recht den Klassenkampf verschärfen.
Angesichts solch klassenkämpferischer Töne hatten sich die 'S'DAJler, die dem Zug gefolgt waren, verzogen. Sie wollten ihre Freundschaft mit den Gewerkschaftsführern nicht gefährden. Die IGM-Funktionäre sassen nämlich am Rande – nicht etwa aus Solidarität, sondern um zu spitzeln für kommende Gewerkschaftsschlüsse.
Die Veranstaltung wurde mit einer Resolution gegen die Entlassung des Kollegen Beil und einer Spendensammlung geschlossen.

Am 13.8. wird der Betriebsrat noch einmal über den Fall entscheiden müssen.

* * * * * * * * *

**AN DIE KOLLEGEN BEI BÄNNINGER/GIESSEN! AN DIE BEIDEN KOMMUNISTISCHEN BETRIEBSRÄTE!**

Liebe Kollegen!

Wir haben von eurem Streik bei Bänninger gehört, genauso wie von dem offensiven Kampf der beiden kommunistischen Betriebsräte.
Ihr könnt unserer Solidarität versichert sein. Wir haben vor kurzem während der Kautschuk-Tarifrunde auch den Kampf gegen die Kapitalisten und den Verrat der Gewerkschaftsführung in eigenständigen Streiks geführt und wir werden ihn wie ihr weiterführen.

Wir verurteilen die terroristischen Massnahmen, vor allem die Angriffe, die auf die Entlassung der beiden Betriebsräte zielen, von Seiten der Geschäftsleitung und der rechten Betriebsräte und unterstützen euch, indem wir gegenüber den Kollegen euren Kampf propagieren. Was wir darüber hinaus noch für euch tun können, schreibt uns bitte.
Mit solidarischen Kampfesgrüssen
Genossen der Conti-Betriebszelle

# Kampf den Folterungen des Franco-Yankee-Regimes

## Erklärung der FRAP

**Das Koordinationskomitee pro-FRAP und die ihm angehörenden Organisationen hatten 1973 dazu aufgerufen, den 1. und 2.Mai* zu Tagen der Mobilisierung und des Kampfes gegen die verbrecherische Diktatur Francos und ihrer Handlanger, der Yankee-Imperialisten, zu machen. Daraufhin fanden in Spanien wichtige Kämpfe statt. Zehntausende Männer und Frauen sind den Aufrufen des C.C. pro-FRAP gefolgt. Vorallem die Jugend hat sich durch ihre Unerschrockenheit und Tapferkeit ausgezeichnet.**

**Weit und breit wurden in unserem Vaterland heldenhafte Kämpfe gegen die Unterdrückungskräfte der yankee-frankistischen Diktatur ausgetragen. Besondere Bedeutung hatten die Kämpfe von Madrid, wo die Massen einen Mörder der B.P.S.** hinrichteten.**

Die yankee-freundliche, faschistische Diktatur tobte wie eine wildgewordene Bestie angesichts ihrer Machtlosigkeit vor dem unaufhaltsamen Aufschwung der Volksmassen und ihrer Kampfbereitschaft, und entfesselte eine brutale Welle von Unterdrückung und blinder Gewalt.. In ganz Spanien, vor allem in Madrid, wurden Dutzende von Männern und Frauen verhaftet und unterschiedslos auf die sadistischste und bestialischste Weise gefoltert.

**Die Unterdrückung und die Folterungen haben ein Ausmass an Grausamkeit erreicht, das einmalig in der Nachkriegszeit ist. Die Mörder der BPS prügeln die Verhafteten schwer, vergewaltigen Frauen, drohen, versuchen zu lynchen und wenden eine eine Unzahl feinerter' Bestialitäten an, die sie von ehemaligen Mitgliedern ,der GESTAPO und von den Folter-Technikern des CIA gelernt haben. Dabei zeigt der Frankismus seinen wahren nazifaschistischen Ursprung.**

Jedoch kann der Yankee-Frankismus niemanden mit dem Schwindel der 'Öffnung' oder 'Liberalisierung', mit der Wiederherstellung der Monarchie, die als ein Schritt zur Demokratie verkauft wird, täuschen. Es ist nur ein Manöver, um die öffentliche Meinung zu verwirren, Illusionen in den spanischen Massen und den europäischen Ländern zu erzeugen und damit die Fortsetzung der kriminellen faschistischen Diktatur ohne den Mörder Franco abzusichern.

Wir verurteilen und klagen die konterrevolutionäre Haltung der Carillo-Clique und anderer entarteter Opportunisten an, die genau wie die Faschisten die gerechte revolutionäre Gewalt der Volksmassen in diesen Tagen angreifen. Damit haben sie sich wieder als Lakaien des Faschismus und des amerikanischen Imperialismus entpuppt.
**Wir rufen die Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes, alle demokratischen Organisationen, das deutsche Volk und alle Antifaschisten auf, die historische Freundschaft zwischen unseren Völkern von Neuem Wirklichkeit werden zu lassen, indem wir uns an die Tausende deutscher Antifaschisten erinnern, die gegen den Faschismus in Spanien gekämpft haben und von denen viele gefallen sind, mit der Thälmann-Brigade an der Spitze.**

Unterstützt das spanische Volk in seinem Kampf moralisch und ökonomisch. Leistet Hilfe für die Verhafteten und ihre Familien.

Westdeutschland, den 25.6.1973

Anmerkungen:

* Am 2.Mai 1808 erhob sich die Bevölkerung von Madrid in einem bewaffneten Aufstand gegen die Invasionstruppen von Napoleon; das war der Beginn des Unabhängigkeitskrieges. Dieser historische Tag ist in der Gegenwart ein heiliger Tag des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit gegen den Yankee-Imperialismus

** B.P.S.: Brigada Politico-Social. Politische Polizei in Zivil.

**SPENDEN** auf Postscheckkonto 134 90 – 467 Dortmund, Projektgruppe Internationalismus, 463 Bochum, Lennershofstr.66, B.8, Kennwort 'Spanien'.

## Folterungen an Gefangenen

**Zusammengestellt von dem C.C. pro-FRAP**

Nach den revolutionären Aktionen vom 1.Mai wurden in Madrid verhaftet und gefoltert:

Fall 124/73 ständiges Militärgericht No.2
Delikt:: Terrorismus, Artikel 1 294 bis b) Militärstrafgesetz
Strafe: Lebenslänglich oder Tod.
34 Personen.

Gericht für öffentliche Ordnung No.1 und 2
Delikt: Angehörigkeit einer illegalen Organisation und Widerstand gegen die Staatsgewalt
4 Personen

Delikt: Angehörigkeit einer illegalen Organisation und illegale Propaganda
12 Personen

Delikt: Terrorismus
1 Person

Delikt: noch nicht konkretisiert
9 Personen

47 Personen wurden zu je 100 000 Pesetas Strafe verurteilt

17 Personen wurden bisher freigelassen.

Die im folgenden dargestellten Foltermethoden wurden nach den Ereignissen des 1.Mai nicht erstmalig angewandt, sondern sie sind schon seit langem Bestandteil des geplanten physischen und psychischen Terrors zur Erpressung von Geständnissen und als Racheakt.

Schon bei der Feststellung ihrer Personalien in der Sicherheits-Generaldirektion (DGS) wurden die Verhafteten wiederholt von Angehörigen der 'bewaffneten Polizei' geschlagen. Sie mussten sich ausziehen und wurden am ganzen Körper mit Fäusten und Stöcken geprügelt. Wenn die 'bewaffnete Polizei' die Verhafteten aus den Gefängnissen zu der BPS (Politische Polizei) zum Verhör brachte, wurden sie oft die Treppen hinaufgeprügelt. Es gab sogar Fälle, wo Gefangene auf dem Weg zur Vernehmung bei der Überquerung des Innenhofs der DGS von Mitgliedern der BPS selbst geprügelt wurden. Dem 18-jährigen Jose Jinemez Yubero wurden dabei die Schultern gebrochen.

Sowohl in dem Provinzgefängnis von Carabanchel als auch in der ihm angeschlossenen psychiatrischen Klinik kam es wiederholt zu 'Unregelmässigkeiten'. Gefangene, die durch das Militärgericht in die Klinik eingewiesen worden waren – u.a. von dem Untersuchungsrichter Jesus de las Penas Grifo, Kommandant des Heeres, der den Fall 124/73 bearbeitet – wurden trotzdem in die Gefängnisse der DGS zuruckgebracht. Die Verhafteten, u.a. Juan Diaz Fernandez, Fernando Provenza Gonzalez, Paloma del Hoyo Sevilla, wurden so erneut Opfer von Verhören und Folterungen. Gefangene, die der Militärgerichtsbarkeit unterstanden, wurden in den Gefängnissen der DGS festgehalten und dort verhört und gefoltert. Alle diese Vorfälle wurden dem Untersuchungsrichter, Kommandant de las Penas Grifo mitgeteilt. Er aber ging auf keinen der Berichte über Folterungen, und schlechte Behandlung ein, sondern griff sogar die Gefangenen an.

Um die Folterungen zu verbergen, wurde den Gefangenen verboten, sich von Ärzten behandeln zu lassen oder Rechtsanwälte zu empfangen. Ärzten und Rechtsanwälten wurde der Eintritt in das Provinzialgefängnis von Carabanchel verboten. Die Anwälte erhoben Protest gegen die Behinderung an der Ausübung ihrer Berufsfunktion.

Männer wie Frauen wurden unterschiedslos auf grausamste Art gefoltert. Elektroschocks wurden durch die Genitalien geleitet, Frauen wurden vergewaltigt. Eine Gefangene, die im 8.Monat schwanger war, erlitt als Folge der Foltern eine Fehlgeburt. Einige der Gefolterten haben gebrochene Arme und Beine, geplatzte Trommelfelle, Rückgratverletzungen, Bewusstlosigkeit mit Erbrechen und Herzanfälle. Eine Frau wurde 2 Stunden lang mit der Drohung erpresst, man würde in ihrer Gegenwart ihren einjährigen Sohn foltern.




Die Folterknechte der PBS werden bekanntlich von ehemaligen Mitgliedern der GESTAPO und von CIA-Agenten ausgebildet. Das Koordinationskomitee pro-FRAP hat viele Folterer identifizieren können. Vor allen antifaschistischen Kämpfern und vor den Volksmassen Spaniens erklären wir: diese bestialischen und unmenschlichen Folterer werden wir ihrer gerechten Strafe durch die Justiz des Volkes zuführen, ebenso wie den jetzigen Innenminister und seine Gehilfen.

Besonders hervorgetan haben sich bei den Foltern und Quälereien die bekannten Mörder der BPS Yague, Creis, Couesa, Delso, Billi el Nino.

Ein Psychologe leitete die Foltern, um rechtzeitig verhindern zu können, dass die Grenze der menschlichen Widerstandsfähigkeit überschritten wurde.

Es folgen einige typische Beispiele für die angewendeten Foltermethoden:

**Paloma del Hoyo Sevilla:** Prellungen an Schultern und Gesäss infolge von Schlägen mit Knüppeln und Fäusten von Funktionären der BPS, von denen sie verhört wurde. Sie musste sich auf einen Stuhl knien und wurde auf die Fussohlen geschlagen. Nach ihrer Aussage vor dem Militärgericht wurde sie erneut zur BPS gebracht und abermals gefoltert. Sie hatte am ganzen Körper Quetschungen und wurde in die psychiatrische Klinik des Gefängnisses eingeliefert. Sie ist 17 Jahre alt.

**Petra de la Torre Romero:** Sie musste mehrmals in die psychiatrische Klinik des Gefängnisses gebracht werden, da sie ohnmächtig wurde und Blutstürze erlitt. Sie hatte schwere Prellungen an Schultern und in der Nierengegend, das Gesäss war schwarz von Schlägen durch Gegenstände und Fäuste, das Gesicht war durch Schläge entstellt.

**Antonio Jalon Ramos:** Er wurde mit Stöcken aus Weiden, die mit Eisen beschlagen waren, auf die Fussohlen geschlagen. Die Füsse waren so stark zerrissen, dass er bei seiner Einlieferung in das Provinzgefängnis von Carabanchel nicht laufen konnte. Ihm wurde ausserdem Kalk in den Mund gestopft. Er ist 20 Jahre alt.

**Luis Manuel Barragan Montero:** Er bekam alle Arten von Schlägen auf den ganzen Körper, Tritte gegen die Beine, Stockschläge auf die Fussohlen, Schläge mit einem Regenschirm auf den Kopf, bis der Schirm zerbrach. Er wurde gezwungen, in Hockstellung mit gefesselten Händen hinter die Beine zu springen, während er mit dem Stock Schläge auf den Kopf erhielt. Diese Folter heisst 'Känguruh'.

**Jose Ramon Mao Mayoral:** Peitschenhiebe und Schläge auf den ganzen Körper, man zwang ihn, im Kreis zu laufen, während Funktionäre der BPS auf ihn einschlugen.

# DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

## Solidarität mit den irischen Patrioten

### in den KZ's in ganz Irland !

**Korrespondenz.** Seit dem 5. Oktober 1968, nach dem Zusammenknüppeln der Demonstranten des Bürgerrechtsmarsches auf Derry, wurden über

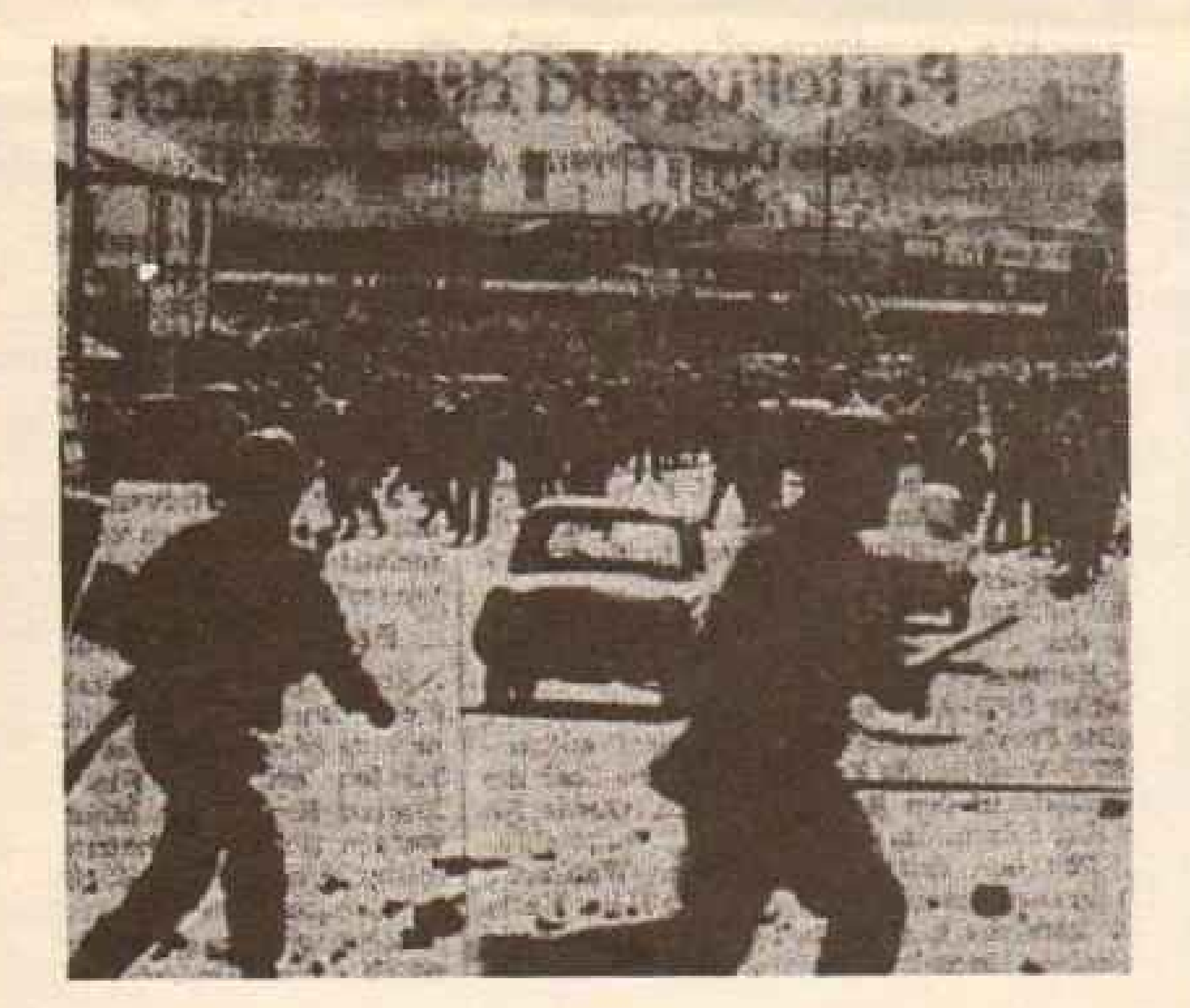
- 50 Zivilisten erschossen
- 400 Menschen gefoltert (offiziell!)
- 3000 Patrioten nach dem Sondergesetz der englischen Besatzer arrestiert
- 1100 Menschen, ohne jedes Verfahren, in die KZ's gesperrt,
- über 500 Wohnungen durchsucht und zerstört und unzählige Menschen von der Armee auf den Strassen und in den Häusern brutal verletzt.

**Diese faschistischen Massnahmen zeigen den wahren Charakter des englischen Imperialismus hinter der von allen bürgerlichen Seiten gerühmten demokratischen Fassade.** Das 'Verbrechen' der in den KZ's Long - Kesh, Crumlin Road, Magilligan und Armagh internierten Patrioten, ist kein anderes, als für die Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit des irischen Volkes gekämpft zu haben. Das gleiche gilt für die Patrioten, die in den KZ's der Marionettenregierung Cosgrave sitzen.

Diese KZ's gleichen den KZ's in Hitlerdeutschland: meterhoher Stacheldrath überall, agressive Soldaten, Dauerbeleuchtung, Teilung der Internierten in kleine Gruppen, keine Möglichkeit des Privatlebens, totale Isolation von der Umwelt, kaum Besuche durch Angehörige. Der Kampfwillen der Patrioten soll so gebrochen werden. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die KZ's sind Schulen des Befreiungskampfes geworden! (s. RM Nr. : Brief aus irischem KZ)

**Eine besondere Rolle spielen seit Jahren die Frauen im Kampf des gesamten Volkes. Sie organisierten die Streiks gegen Mieten, Elektrizitätswerk usw. Sie standen auf den Barrikaden in Derry und Belfast, sie zerstörten durch das Schlagen von Mülltonnendeckel, durch das Weissen der Häuserwände, durch Angriffe auf Patrouillen die Moral der Besatzungstruppen. Sie sind eine tragende Kraft bei militanten Aktionen und Demonstrationen. An ihrer Seite kämpfen Jugendliche und Kinder. Und nicht zuletzt sind sie, in einer Front mit den Männern, am bewaffneten Kampf gegen die Armee der Imperialisten beteiligt.**

Die Imperialisten reagieren auf diese hervorragende Aktivität der Frauen mit verstärkter Unterdrückung. Frauen werden interniert, sitzen hinter den Gefängnismauern von Armagh, sowie in verschiedenen Gefängnissen des Südens. In Armagh sind sechs junge Frauen eingesperrt. Alle für mehrere Jahre. Sie alle sitzen dort, ohne dass ein Gerichtsverfahren gegen sie eröffnet wurde.



## Kambodscha:

# Erste Rote Khmer in Phnom Penh!

**Der Ring der kambodschanischen Befreiungsfront um Phnom Penh ist weiterhin fest geschlossen. Trotz heftiger US-Bombenangriffe konnte der Ring von den Marionettentruppen Lon Nols nicht durchbrochen werden. Vielmehr zieht sich der eiserne Ring der Roten Khmertruppen immer enger um Phnom Penh. Wie die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua berichtet, ist bereits ein Einbruch in Phnom Penh gelungen.**



So haben zum Beispiel 30 Befreiungskämpfer bei einem Sturm auf die feindliche Radiostation über 100 Bewacher in die Flucht geschlagen und die Station schwer beschädigt. Am Tag drauf gelang es durch einen Überfall auf die Telephon- und Fernschreibzentrale, die Nachrichtenverbindung des Feindes nach ausserhalb fast völlig zum Erliegen zu bringen. Ein Raketenangriff auf den Flugplatz der US-Truppen in Phnom Penh konnte schweren Schaden am feindlichen Kriegsmaterial anrichten. Tausende von Kämpfern der Roten Khmer sind bereits innerhalb der Stadt. In Flugblättern ist die Bevölkerung von der Befreiungsarmee aufgefordert worden, bei der Erstürmung der Stadt in den Häusern zu bleiben, sich nicht in der Nähe des Regierungspalastes aufzuhalten und flüchtigen Regierungssoldaten keineswegs Unterschlupf zu gewähren.

Grosse Verwirrung und Entsetzen herrscht in den Reihen des Feindes. Über 3 000 Familien hoher Regierungsbeamter und grosser Geschäftsleute haben bereits Phnom Penh fluchtartig in Richtung Paris, Bangkok und Hongkong verlassen. Selbst die Familie des Polizeichefs befindet sich unter den nach Paris Entflohenen. Ausreisevisa werden auf dem Schwarzmarkt zu Höchstpreisen gehandelt.

Indessen hat die verräterische Lon-Nol-Clique immer mehr Schwierigkeiten, Truppen aufzustellen. Armeeführer sind dazu übergegangen, Kinder von der Strasse weg mit MP's auf Lastwagen zu verladen und zum Militärdienst zu zwingen. Lon Nol hat sich bereits an Saigon gewandt, um sich von der Thieu-Bande Unterstützung zu holen. Vertreter der Revolutionsregierung in Südvietnam haben dazu erklärt: Für den Fall "haben wir keine andere Wahl, als zusammen mit dem kambodschanischen Volk zu kämpfen."

Zu den verstärkten Bombardierungen der US-Luftwaffe sowie zum Bombenstopp am 15.August erklärte Samdech N. Sihanouk, Staatschef der königlichen Regierung von Kambodscha: Die Einstellung der US-Bombenangriffe sei für die Einheiten der Roten Khmer von "keiner besonderen Bedeutung". Die Befreiungstruppen werden auf jeden Fall bis zur totalen Niederlage aller Feinde weiterkämpfen. Sihanouk lehnte jegliche Verhandlung mit der Marionette Lon Nol, Sicherheitsberater Kissinger oder mit dem Erzverbrecher Nixon ab. Zu den 'Fehlwürfen' der US-Luftwaffe auf Neak Luong sagte Sihanouk, er glaube, dass die von den Vereinigten Staaten als irrtümlich bezeichneten Bombardierungen in Kambodscha von den Piloten absichtlich herbeigeführt worden seien, um das von Washington unterstützte Regime von General Lon Nol zu bestrafen.

Selbst offizielle Stellen der Lon-Nol-Truppen mussten zugeben, dass bei 'Fehlwürfen' auf die Ortschaft Prey Bang, 25 Kilometer nordöstlich von Phnom Penh, mehrere Regierungssoldaten getötet und 10 weitere verwundet worden waren.

**Oben: die Befreiungsarmee begrüsst Sihanouk auf seiner Rundreise durch Kambodscha**

* * *

**Unten: Lon Nol lasst Kinder auf der Strasse von ihren Müttern wegreissen, um sie in seine Truppen zu zwingen.**



## Es lebe der Freiheitskampf des irischen Volkes !

Am Sonntag, den 22. Juli, wurde eine Solidaritätsdemonstration organisiert. Busse und Privatfahrzeuge aus allen Provinzen Irlands rollten nach Armagh. Die Besatzertruppen hatten mehrere Strassensperren hinter der Grenze errichtet. Hubschrauber verfolgten die Busse bis Armagh. Überall Durchsuchungen.

Der Hass der Demonstranten entlud sich in irischen Schimpfkanonaden. Überall wurden die irischen Freiheitslieder angestimmt. Gross war die Sympathie der Bevölkerung: grosser Jubel, wenn die mit Plakaten geschmückten Busse in die Dörfer und Städte kamen. Bei der Ankunft in Armagh sprangen die Kinder selbst auf die Trittbretter der Busse.

Die Bevölkerung hatte stundenlang auf die Demonstranten aus dem Süden warten müssen. Doch innerhalb von wenigen Minuten stand dann die Demonstration .Über tausend Demonstranten, darunter auch Teilnehmer aus anderen Ländern Europas, marschierten ins Zentrum von Armagh. Hunderte von Soldaten sollten die Demonstration stoppen. Der Kundgebungsplatz war abgesperrt von schwerbewaffneten Truppen und Panzern.

Gegen diese waffenstarrende Mauer erklangen die Stimmen der Redner für die Verbundenheit mit den Internierten. Nie, betonten sie immer wieder, würde der Terror der Imperialisten den Geist der Rebellion, den Kampf und die Aktionen des irischen Volkes auslöschen können. Schon gibt es Gebiete in Irland, die dem Volk gehören. So erklärt der Redner von Derry, dass er hier in Armagh zum ersten Mal seit Jahren wieder Besatzertruppen sähe.



In das freie Derry hat sich seit 1969 keiner mehr gewagt!

**Als die ersten Steine und Flaschen gegen die Polizei flogen, zogen sie sich hinter die Panzer zurück. Die bis an die Zähne bewaffneten Truppen gingen gegen die unbewaffneten Demonstranten an die Front. Es entzündete sich ein Kampf, bis spät in die Nacht.**

**In den Tagen davor hatte die IRA in mehreren bewaffneten Aktionen die Besatzertruppen angegriffen. Mehrere Soldaten wurden getötet. Die IRA hatte keine Opfer.**

Alle diese Aktionen haben ein gemeinsames Ziel: die Vertreibung des Hauptfeindes des irischen Volkes, die englischen Imperialisten.

**Dieser mutige antiimperialistische Kampf braucht unsere Solidarität. So waren die irischen Patrioten begeistert, als ich ihnen vom Kampf gegen den Bombenübungs-Platz Nordhorn- Range berichtete. Westdeutschland darf kein ruhiger Übungsplatz für die Truppen der Imperialisten sein - dafür müssen wir sorgen. Das westdeutsche Volk und das irische Volk haben hier gleiche Interessen.**

## Nieder mit den NATO-Truppen in Westdeutschland !

Ulbricht

# Tod eines Verräters

**"Der Tod ist jedem beschieden, aber nicht jeder Tod hat die gleiche Bedeutung. Der altchinesische Schriftsteller Sima Tjiän sagte einmal: "Es stirbt ein jeder, aber der Tod des einen ist gewichtiger als der Tai-Berg, der Tod des anderen hat weniger Gewicht als Schwanenflaum." Stirbt man für die Interessen des Volkes, so ist der Tod gewichtiger als der Tai-Berg; steht man im Sold der Faschisten und stirbt für die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes, so hat der Tod weniger Gewicht als Schwanenflaum."**

Mao Tse-Tung

**Herr Walter Ulbricht ist tot. Die Nixon und Breshnew, die Brandt und Honecker sind sich einig – ein Tod mit sehr wenig Gewicht.**

Obwohl die bürgerliche Presse Ulbricht als den stahlharten Kommunisten hinstellt, von Hass keine Spur. Nichts auch von der hämischen Hoffnung, mit der die Imperialisten beim Tod der grossen Führer des deutschen und des Weltproletariats, darauf spekulierten, dass der Tod des Führers auch den Tod der Bewegung der Massen, der Revolution und des Sozialismus bedeuten möge.

**Zu recht. Denn Ulbricht war kein Todfeind der Bourgeoisie, Ulbricht war einer von denen, die sich kaufen liessen. Sein Dienst für die Bourgeoisie war, Schrittmacher auf dem Weg der Entartung der DDR zu sein.** Das aber gehört für die Bourgeoisie, damals ein grosser Erfolg, heute längst zum alten Eisen. Heute stehen weitergehende Ziele auf dem Programm, damit aber auch andere Männer, neue Verräter am Sozialismus und an der Nation, die Honecker und Stoph.

Zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist Ulbricht auch bei seinen Verräterkumpanen in der Sowjetunion und in der DDR. Darüber können die Riesenphotos von Ulbricht in allen Lebenslagen und ellenlange Trauerränder nicht hinwegtäuschen.

**Auch hier gilt: der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehn. Lästige Konkurrenten in der Jagd um die Macht können die neuen Machthaber in der DDR nicht gebrauchen.** Wichtiger als die Staatstrauer um 'unseren Genossen Walter Ulbricht' waren ihnen so die ungestörte Fortsetzung der Spiele in Ostberlin, der Ball der Jugend zu englischer Popmusik. Denn das entsprach ihrer 'Aufwertung' der DDR durch die Verträge – und darüber hinaus der richtigen Einschätzung, dass um den Tod Ulbrichts sowieso nicht mehr als die Krokodilstränen der Funktionäre fliessen würden.

**Das Volk braucht um Walter Ulbricht keine Träne zu vergiessen. Der Tod jedes einfachen Mannes an seinem Arbeitsplatz hat tausendmal mehr Anteilnahme verdient. Aber es kann auch Walter Ulbricht nicht so beiseite schieben wie die Bourgeoisie. Denn Ulbricht war einer von denen, die die Verantwortung dafür tragen, dass die KPD die Massen nicht so entschlossen, wie es nötig gewesen wäre, zum Sturz des Faschismus geführt hat.** Einer von denen, die von Anfang an dazu beitrugen, das grossartige Werk des Aufbaus des Sozialismus in der DDR zu zerstören, den Kampf für ein einiges, unabhängiges und sozialistisches Deutschland zu sabotieren.

# Kumpanei mit der Bourgeoisie

Nicht umsonst hob das 'Neue Deutschland', das Zentralorgan der SED, in seinem Nachruf hervor: "Er trug dazu bei, unsere Partei **zu einer Partei neuen Typus** zu formen, zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei." (ND vom 2.8.73). Ulbrichts Verdienst lag allerdings nicht darin, den Marxismus-Leninismus in der SED zu stärken. Die D'K'P-Führung schreibt in ihrem Nachruf genauer, worum es ging: "Gemeinsam mit den Genossen Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl konnte er massgeblich dazu beitragen und miterleben, dass die Einheit der Arbeiterklasse auf dem heutigen Gebiet der DDR Wirklichkeit, der **widernatürliche Zwist zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten endgültig** beseitigt wurde." (Nach ND vom 2.8.73).

**Der Zwist zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten hat seine Grundlage nicht in der Natur des Menschen, wie die D'K'P-Führer unterstellen, sondern ist vielmehr ein Produkt der Klassengesellschaft. Er ist darum auch nicht zu beseitigen, solange die Bourgeoisie existiert, solange nicht die kommunistische Gesellschaftsordnung auf der Welt errichtet ist.**

**Wer von der endgültigen Beseitigung dieses 'widernatürlichen Zwistes' spricht, meint in Wirklichkeit den Pakt der Kommunisten mit den Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, den Revisionisten, und damit den Pakt mit der Bourgeoisie selbst.**

Keiner hat das deutlicher gesagt als Ulbricht selbst auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD. Ulbricht: "Mit dem heutigen Tag gibt es keine Sozialdemokraten und keine Kommunisten mehr; mit dem heutigen Tag gibt es nur noch Sozialisten... Wir Kommunisten wollten 1918 mit einem Sprung zum Sozialismus. Dafür war die deutsche Arbeiterklasse nicht vorbereitet. Die Sozialdemokraten versuchten einen anderen Weg. Auch er führte nicht zum Ziel. Jetzt haben wir den gemeinsamen Weg gefunden, der zum gemeinsamen Ziel führen wird. ...Es geht heute nicht nur um eine einfache Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten, es **geht um die Neugeburt der deutschen Arbeiterbewegung.**" (22.4. 1946).

Es ist eine Tatsache. Die Werktätigen verlangten nach dem II. Weltkrieg mit Macht nach Einheit. Der Wunsch nach Einheit aber bekam seine Kraft aus der langjährigen Erfahrung des Verrats der Sozialdemokratie – ganz besonders in den Jahren des Hitlerfaschismus. Ulbricht sagte Ja zur Einheit. Er griff die Wünsche der Massen auf – und verkehrte sie in ihr Gegenteil. **Wer für die blutigen Verbrechen der Führer der Sozialdemokratie Verständnis fordert und sie rechtfertigt, der braucht allerdings, wie Ulbricht wünscht, "eine Neugeburt der Arbeiterbewegung". Eine Arbeiterbewegung nämlich, die ihre Klasse und deren Aufgabe und Ziel, den Kommunismus, verrät.**

Für Ulbricht gilt, was Enver Hoxha auf dem 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens sagte: **"Die Partei der Arbeit Albaniens, die Kommunistische Partei Chinas, und alle wahren Marxisten-Leninisten hatten schon seit Beginn der grossen Polemik mit den modernen Revisionisten gewarnt, dass deren Entfernung von den prinzipiellen Positionen des Marxismus-Leninismus sie in die Arme der Bourgeoisie und des Kapitalismus, auf die Barrikaden der Konterrevolution führen werde. Diese Voraussage hat das Leben vollständig bestätigt."**

Der weitere Beitrag Ulbrichts zur Entartung der DDR war nur die folgerichtige Konsequenz seiner opportunistischen Fehler schon in den Reihen der KPD und später, bei der Gründung der SED.

**Die deutschen Arbeiter und Kommunisten müssen daraus lernen. Die Wachsamkeit gegen die Verräter in den eigenen Reihen muss erhöht werden. Nur im schonungslosen Kampf gegen die Opportunisten kann die Einheit der Arbeiterklasse hergestellt werden, kann die Partei gestärkt, kann die Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen zu Ende geführt werden.**

**Ergreift die rote Fahne, Proleten, der hundertjährige Kampf der deutschen Arbeiterbewegung wird jetzt zu Ende geführt!**

**ES LEBE DER KOMMUNISMUS!**

**FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES UND SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!**

*****

## Lärm um Transitabkommen

# Probe auf's Exempel

**Die DDR-Führung beklagte sich vor kurzem über den 'Mißbrauch' der Transitwege. "Es sei kein Geheimnis", schrieb die Nachrichtenagentur ADN, "daß unter Ausnutzung der großzügigen Handhabung der diesbezüglichen Vereinbarungen und unter Mißbrauch der Transitwege sich internationale Verbrecherorganisationen gebildet haben, die gegen ein hohes Kopfgeld – man spricht von 40 000 bis 80 000 Westmark – sich zu jeglicher x-beliebigen Schandtat bereitfinden."**

Gemeint ist hier der 'Missbrauch' der Bestimmungen des 4-Mächteabkommens über Westberlin und des Verkehrsvertrages.

**Mit diesem Abkommen rissen die westdeutschen Imperialisten entscheidende Vorrechte an sich: die freie Ein- und Ausreise zwischen Westberlin und der Deutschen Bundesrepublik, die Einreise Westberliner nach Ostberlin. Auch die Sozialimperialisten verankerten ihre Besatzerrechte fester: die entsprechenden Behörden gingen von den Händen der DDR-Beamten in die Hände der Sowjet-Imperialisten über. Ein Kontrollrecht der DDR auf ihrem eigenen Territorium besteht danach nur noch, wenn konkreter Verdacht auf Missbrauch besteht.**

Die bürgerliche Presse begann auf die Klagen der DDR hin eine wilde Hetzkampagne. Allen voran die Bildzeitung. "Wie Ostberlin die letzten Notausgänge sperren will", lautete die Schlagzeile am 11.10.73. Zwei Flüchtlinge wurden herbeigeschafft, die im Namen der Bevölkerung der DDR eine weitere Öffnung der Fluchtwege forderten: "In der DDR herrscht eine Art Torschlusspanik, weil die Bundesregierung von sich aus die Fluchtbewegung eindämmen will." Die Räuberbrut der Fluchthelferorganisationen wurde in Schutz genommen. Und schliesslich, wie nicht anders zu erwarten, bekam die DDR die Schuld in die Schuhe geschoben. "Wenn Ostberlin die von der Bundesregierung erstrebte Freizügigkeit zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands erleichtern würde, gäbe es weder das Problem der Fluchthelfer noch das einer 'Verletzung' des Transitabkommens." (Bild.)



'Gleiwitz' 478 km. Verkehrsschilder in Westberlin weisen den Weg des westdeutschen Revanchismus zum 'Großdeutschen Reich'.

● ● ● ● ● ●

## 'Recht' im Dienst des Revanchismus

Diese Polemik der Springerpresse hat den Zweck, die Bonner Revanchisten mit der angeblichen Stimme des Volkes zu noch energischeren Taten aufzufordern, nun den 'Brüdern und Schwestern' **mit allen Mitteln** zu Hilfe zu eilen.

In einem Interview mit Bild am Sonntag sagte so der Vorsitzende des Innerdeutschen Ausschusses des Bundestages, Reddemann: "Nach dem neuen Urteil aus Karlsruhe ist klar: Das Grundrecht auf Freizügigkeit muss höher bewertet werden, als polizeiliche Massnahmen der anderen Seite und als Paragraphen des Strafgesetzbuches." Und auf die Frage, wie es dann mit Passfälschungen stehe: "Nein, sie sind kein kriminelles Delikt, wenn sie nur vorgenommen werden, um einen Menschen aus einer Diktatur herauszuholen und keinem anderen Schaden zufügen... Fluchthilfe ist Notwehr."

Diese Auskunft lässt nichts zu wünschen übrig. Was heisst denn hier 'Grundrecht auf Freizügigkeit'? **Für die ausländischen Arbeiter in Westdeutschland zum Beispiel zeigt sich diese gelobte 'Freizügigkeit' im Rotationsprinzip, im Ausländergesetz. Sie zeigt sich bei ihnen in der Freiheit, nach dem Willen von Kapital und Staat ausgeplündert und herumgeschoben zu werden – bis in die Gefängnisse der faschistischen Regimes von Spanien, des Iran, von Griechenland usw.** Sollte einer von ihnen kommen und sich auf "Fluchthilfe ist Notwehr" berufen, Herr Reddemann und die gesamte Bundesregierung würden ihm mit Hilfe ihrer berüchtigten Polizeiüberfallkommandos schon zeigen, wo in diesem Land die Grenzen der Freiheit für einen ehrlichen Arbeiter sind. Die 130 ausländischen Arbeiter, die jeden Tag in Nacht- und Nebelaktionen abgeschoben werden, bekommen das am eigenen Leib zu spüren.

Bei ihnen ist die Bundesregierung auch mit der Anerkennung der bundesdeutschen Staatsbürgerschaft äusserst zurückhaltend. Ganz im Gegensatz zur Bevölkerung der DDR. **Sie gelten, entgegen allen völkerrechtlichen Bestimmungen, immer noch als (bundes)deutsche Staatsbürger. Denn das entspricht den Interessen der westdeutschen Imperialisten unter Berufung auf das 'eine Staatsvolk' eines Tages ein 'einiges Reich' unter dem Kommando der Krupp, Abs und Thyssen zu errichten.**

Nein, von Menschenliebe ist in der plötzlichen Gesetzesverachtung der Politiker nichts zu finden. **Sie beweist allein, dass das 'Recht' der Bourgeoisie Klassenrecht ist. Es wird so gehandhabt, wie es die jeweiligen Profit- und Machtinteressen erfordern. Und in diesem Fall gilt: Recht hat dem Bestreben nach Wiedervereinigung im Sinne der Krupp und Thyssen zu dienen.**

Die Bundesregierung hat sich ebenfalls zum Problem der 'gewerblichen Fluchthilfe' geäussert. Sie verhält sich gegenüber dem revanchistischen Hetzchor zurückhaltend. In Punkt drei ihrer Erklärung wird die Bedeutung des Transitabkommens für Westdeutschland unterstrichen.

Heisst das, dass die Bundesregierung Reue zeigt? Wird die berechtigte Klage der DDR anerkannt? Das zu glauben, wäre ein Irrtum. Die Bundesregierung sagt mit keinem Wort, dass sie gegen die Fluchthelferorganisationen einschreiten wird. Wenn sie trotzdem in gewisser Weise den Hetzchor einzudämmen sucht, hat das einen anderen Grund: der Missbrauch, den **sie** mit dem Transitabkommen plant, hat grössere Ausmasse und politische Bedeutung.

**Für die westdeutschen Imperialisten geht es um freie Zufahrtswege für Agenten und Spione in die DDR. Zu einem späteren Zeitpunkt auch um die Einschleusung bewaffneter Truppen. Die Vorbereitung und die Durchführung dieser entscheidenden Möglichkeiten der Ausnutzung der Transitwege will sie sich nicht durch die Geschäftemacherei von einigen Fluchthelfern erschweren lassen.**

Darüberhinaus hat das Theater um die Fluchthilfe auch für die Bundesregierung seinen Zweck erfüllt. Er bestand darin, zu messen, wie weit die DDR (und auch die Sozialimperialisten) bei einer offenen Verletzung des Abkommens gehen würde. **Die Reaktion ist ermutigend. Hinter der von der bürgerlichen Presse gross herausgebrachten 'Drohung' der DDR verbarg sich – der 'Dienst nach Vorschrift' der Grenzbeamten. Wahrhaft, eine fürchterliche Drohung, um die westdeutschen Imperialisten in ihre Schranken zu weisen.**

Die Führung der DDR, aber auch die Sozialimperialisten, beweisen damit ein weiteres Mal, wie weit sie mit ihren Zugeständnissen an die westdeutschen Imperialisten zu gehen bereit sind.

**Angesichts der revanchistischen Bestrebungen der westdeutschen Bourgeoisie, angesichts des nationalen Verrats der DDR-Führung, müssen die Werktätigen in der Deutschen Bundesrepublik wie in der DDR sehen, dass es nur einen Weg zur Wiedervereinigung im Interesse des deutschen Volkes gibt. Die Einheit der deutschen Nation ist nur durch harten und mutigen Kampf gegen den westdeutschen Revanchismus, Imperialismus und Militarismus, gegen die neuen Herren in der DDR und die beiden Supermächte USA und SU zu erobern. Sie kann nur verwirklicht werden auf der Grundlage der proletarischen Diktatur in der Deutschen Bundesrepublik und der DDR.**

# Kriminalisierungsversuche der Bourgeoisie

## Selbst Stalin muss herhalten:

**Am 9.8. drangen früh morgens schwer bewaffnete Polizei, darunter einige Beamte sogar in kugelsicheren Westen, in das Haus Wohlfahrtsstr. Nr.86 in Bochum ein. In diesem Haus wohnen unter anderem auch Sympathisanten unserer Partei.**

**Unter dem Vorwand, daß der Name einer Hausbewohnerin in dem Notizbuch einer angeblichen Anarchistin gefunden worden sei, sollte eine Hausdurchsuchung stattfinden. Obwohl der Durchsuchungsbefehl nur auf ein Zimmer ausgestellt war, wurde gleich das gesamte Haus gefilzt. Laut schlugen die Bullen an die Zimmertür eines Hausbewohners. Als dieser noch völlig verschlafen öffnete, stand vor ihm ein Polizeischütze, der eine MP im Anschlag auf ihn richtete. Bei einem ähnlichen Polizeiüberfall vor einem Jahr in Stuttgart wurde so der Schotte Mc Leod erschossen.**

**Bei der Durchsuchung in Bochum wurden vorübergehend 4 Hausbewohner festgenommen. Ähnliche Aktionen sollen in ganz NRW stattgefunden haben. In Dortmund wurde auf die gleiche Weise eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Dieser erneute Anschlag auf fortschrittliche Menschen und insbesondere auf Marxisten-Leninisten zeigt, daß Kriminalisierung und Verfolgung nicht mehr das Werk einzelner Polizeiherren in den Städten, sondern zentral angelegte Kamapgnen der Bourgeoisie sind.**

Um der immer heftiger werdenden Bewegung der westdeutschen Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen die westdeutsche Bourgeoisie die Spitze abzubrechen, wendet die Bourgeoisie in immer stärkerem Masse die Methode der Kriminalisierung der Marxisten-Leninisten an. In der Presse besorgte dies die Welt am Sonntag (Springer) gleich auf einer ganzen Seite. Unter dem Titel "Mit Bankraub rüstet die Linke wieder auf", versucht sie mehrere Banküberfälle 'den Anarchisten' in die Schuhe zu schieben. **Mit einem besonderen Artikel, der Stalin als "prominentesten Bankräuber aus politischen Motiven" bezeichnet, wird hier die Verbindung zu den Marxisten-Leninisten gezogen.**

**Ein weiteres Glied in der Kette der Kriminalisierung ist die von der Bundesanwaltschaft angeordnete Durchsuchung von Zellen, in denen angebliche Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe inhaftiert sind, sowie die Beschlagnahme von Verteidigerpost.** Unter dem Vorwand, die Inhaftierten würden über ihre Anwälte aus den Zellen heraus einen gewaltsamen Putsch planen, soll fortschrittlichen Rechtsanwälten jede Verteidigung unmöglich gemacht werden. Die betroffenen Anwälte haben hierzu erklärt: "Die Technik der Bundesanwaltschaft, den Brief (es handelt sich um einen Brief Baaders, d.Red.) willkürlich zu interpretieren, geht dahin, beispielsweise zwei völlig voneinander unabhängige Halbsätze aus verschiedenen Teilen des Briefes sinnentstellend zu verbinden... So manipuliert und willkürlich interpretiert dient der Inhalt des Briefes... für die Ermittlungsbehörden als Vorwand, ein weiteres Glied in der Kette regelmässig wiederkehrender Aktionen gegen die Verteidiger politischer Gefangener." "Vor allem aber ist die willkürliche und von keinerlei Tatsachen unterstützte Interpretation von Passagen eines Briefes Vorwand dafür, eine nach geltendem Strafprozess- und Verfassungsrecht völlig rechtswidrige Massnahme — die Beschlagnahmung von Verteidigerpost und Verteidigungsmaterial — in den Zellen der Beschuldigten zu rechtfertigen. Selbst wenn die Interpretation der Bundesanwaltschaft richtig wäre, verböte das geltende Recht ein derartiges Vorgehen."

**Mit derartigen Methoden will die Bourgeoisie dem begegnen, dass ihr Angeklagte und Verteidiger vor Gericht ständig Niederlagen bereiten.**

Bereits im Antikriegstagsprozess gegen den Genossen Schmidt hatte die Klassenjustiz versucht, dem Genossen einen Pflichtverteidiger als Büttel der Klassenjustiz aufzuzwingen, obwohl Genosse Schmidt eigene Rechtsanwälte benannt hatte.

**Ein weiterer Angriff der Bourgeoisie im Rahmen ihrer Kriminalisierungskampagne richtet sich gegen die Rote Hilfe.** Die Bildzeitung vom 8.August will es wissen: Die versprengten Reste der Baader-Meinhof-Gruppe würden sich neu formieren. "Leitgruppe der neuen Terroristen ... ist die 'Rote Hilfe'.

Sie hat nach Erkenntnissen der Staatsschutzabteilungen der Landeskriminalämter bereits in jeder deutschen Grosstadt 'Zweigstellen' eingerichtet." Die Rote Hilfe ist gerade in den letzten Monaten bei der Unterstützung angeklagter Genossen im Kampf gegen die Klassenjustiz erstarkt. Tatsächlich gibt es kaum eine Grosstadt mehr, in der nicht auch die Rote Hilfe organisiert wäre. Zumal die Rote Hilfe z.T. auch aktiv die Arbeiter in den Betrieben bei ihrem Kampf um Teuerungszulagen und gegen den damit verbundenen Entlassungsterror unterstützt, hat die Rote Hilfe breitere Sympathien erworben und ist der Bourgeoisie ein spitzer Dorn im Auge geworden. Die Rote Hilfe als Nachfolgeorganisation der Baader-Meinhof-Gruppe zu bezeichnen, bedeutet nichts anderes, als den Versuch, die Rote Hilfe als 'Nachfolgeorganisation einer kriminellen Vereinigung' gemäss Paragraph 129 zu verbieten.

Unsere Partei unterstützt den Aufbau der Roten Hilfe. Auch unsere Partei tritt entschieden dafür ein, dass die Rote Hilfe die angeklagten bzw. bereits verurteilten Mitglieder der RAF gegenüber der Klassenjustiz verteidigt und unterstützt. In einem Extrablatt vom Juni 1972 haben wir das bereits klargestellt. Allerdings haben wir auch damals betont:

**"Wir Kommunisten der KPD/ML sagen offen: Wir sind für die gewaltsame Revolution! Wir wissen, dass die Herrschenden nicht freiwillig abtreten und dem Volk die Fabriken und Werke, die sie sich angeeignet haben, überlassen werden.** Aber wir sind keine Abenteurer, keine Putschisten, die meinen, mit Bombenanschlägen allein die Welt zu verändern, die Revolution herbeiführen zu können. **Die Revolution ist das Werk der Volksmassen. Der bewaffnete Kampf muss durch die Arbeiterklasse getragen, geführt und von ihrer revolutionären Vorhut, der Kommunistischen Partei organisiert und vorbereitet sein. So kann es auch unsere derzeitige Aufgabe nicht sein, Bomben zu werfen, sondern die Massen in geduldiger Arbeit, durch Agitation und Propaganda, in der Aktion, im Gespräch mit unseren Kollegen, im Kampf für ihre Interessen, von der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu überzeugen, zu organisieren und ihre Kommunistische Partei, die KPD/ML weiter aufzubauen und zu stärken."**

**Gerade diese Agitation und Propaganda innerhalb der Arbeiterklasse, unsere organisierende Arbeit für die Revolution ist es, die uns vor den Kriminalisierungsversuchen von Seiten der Bourgeoisie den besten Schutz geben wird.**

'Welt am Sonntag'
vom 12.8.73



**So überfiel Stalin einen Geldtransport**

**Untergrundkämpfer Stalin Mit 27 Jahren Bankräuber**

Prominentester Bankräuber aus politischen Motiven war ohne Zweifel Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili, genannt Stalin. ...



Banküberfall am 4.8. in Hamburg. Die Täten sollen angeblich Nachfolger der RAF sein.

## Prozesse gegen Kitzinger Genossen stehen bevor

**KORRESPONDENZ. Vor 4 Monaten wurde vor der Kitzinger Berufsschule ein Flugblatt der Roten Garde Kitzingen, mit dem Titel "Die Angst des Kapitals", verteilt. Darin wurde unter anderem aufgedeckt, daß in der Firma Weidt Lehrlinge beschimpft und geschlagen werden. Der Firmenchef Weidt erstattete Anzeige wegen 'übler Nachrede' gegen die Verteilerin. Sie erhielt wenige Zeit später still und heimlich einen Strafbefehl über 200,-- DM. Die Genossin legte natürlich Widerspruch ein, der Prozeßtermin wurde auf den 21.8.73 festgelegt.**

**Doch das Flugblatt hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Seit diesen Enthüllungen wurden in dieser Firma keine Lehrlinge mehr geschlagen.**

Weiterhin erhielten 4 Genossen Strafbefehle wegen Beleidigung über insgesamt 500,- DM. Dabei dreht es sich um das Flugblatt, von dem schon im ROTEN MORGEN Nr.12 berichtet wurde. Unter dem Titel "Die Schule — ein Werkzeug der Bonzen" wurde hier auch die Funktion des Berufsschuldirektors Steiner, als Interessenvertreter des Kapitals und der Bonzen aufgezeigt. Wie recht wir mit diesem Flugblatt hatten, zeigte die darauffolgende Reaktion: Nachdem Steiner und Landrat Bauer Anzeige gegen die Verteiler wegen Beleidigung gestellt hatten, regte sich auch der Elternbeirat des Gymnasiums, das die Verteiler besuchen — grösstenteils zusammengesetzt aus Kitzinger Bonzen. Er beantragte Schulverweisung für die Schüler, die das Flugblatt verteilt hatten. Prompt bekamen diese auch eine Verweisungsandrohung, obwohl noch nicht einmal ein Gerichtsurteil vorlag.

Staatssekretär Lauerbach vom Kultusministerium kam extra nach Kitzingen, um das Verhalten des Elternbeirats und der Schulleitung noch nachträglich zu rechtfertigen. Weiterhin stellte er fest, dass Schüler, die kommunistische Flugblätter — egal wo — verteilen, mit empfindlichen Schulstrafen belegt werden sollten.

Auch gegen diese Strafbefehle wurde Widerspruch eingelegt, der Prozess wird demnächst stattfinden:

**Wir werden nicht zulassen, dass sie uns als Kriminelle abstempeln. Die Einschüchterungsversuche der Kitzinger Bourgeoisie werden in das Gegenteil umschlagen. Durch breite Agitation und Propaganda werden wir die Hintergründe aufzeigen, dieses System und seine Klassenjustiz entlarven. Wir werden breite Solidarität mit den Angeklagten entfachen und ihnen somit unsere Kraft entgegensetzen!**

## Kampf den Ausweisungen

# Arbeit für den Kollegen Ismet !

" Der türkische Kollege Ismet Tunali arbeitete bisher in der Textilfabrik " Vereinigte Kammgarn Spinnereien AG " in Delmenhorst. Solange bis ihm bei der Arbeit ein 250 kg schwerer Ballen ins Kreuz fiel. Das passierte schon, nachdem Kollege Ismet erst 17 Tage in der Firma arbeitete. Er erholte sich von dem Unfall nicht richtig, wurde laufend krank und brachte so den Kapitalisten nicht mehr genügend Gewinn. Nun, ausländische Kollegen, die gezwungen sind, für den Hungerlohn von 600 Dm im Monat zu arbeiten (soviel ' verdiente ' der Kollege) gibt es genug - also wird der Kollege entlassen. Gleichzeitig verlor er seine Wohnung im Ausländerwohnheim. Daraufhin zog er in eine Gaststätte, wo er bei einer Razzia von der Polizei entdeckt wurde. Diese Schergen der Kapitalisten hatten nichts Besseres zu tun, als ihm den Pass für 2 Monate abzunehmen. Sie sagten ihm allerdings, er könne für eine Gebühr von 30 DM eine neue Aufenthaltsgenehmigung bekommen. Er zahlte die 30 DM.

**Anstatt der Aufenthaltsgenehmigung erhielt er aber den Vermerk im Pass: " Verfahren nach Par. 10 des Ausländergesetzes ". Das bedeutet für ihn: Verfolgung durch die Kripo, keine Arbeit, Angst, Gefahr. Der Kollege ist nun Freiwild für die Kapitalistenbüttel!**

Helfen wir unserem Kollegen, dass er in Deutschland bleiben kann, dass er eine leichte Arbeit bekommt, damit er für seine Familie in der Türkei ( Frau und zwei Kinder ) Geld verdienen kann....

**Seit 3 Monaten kann der Kollege seiner Familie kein Geld mehr schicken. Unterstützt den Kollegen auch finanziell. Schon die kleinste Spende ist ein Beweis der Solidarität.** Spendet unter dem Kennwort " Solidarität auf das Konto des Kollegen Ismet Tunali ( Commerzbank Nr.39 50623 - Bremen



Türkische Arbeiter und Studenten demonstrieren auf dem Roten 1.Mai 1973 in Hamburg

# Zum Klassenkampf jetzt aufgewacht!

**Liebe Genossen,**
**Als Beitrag zur neuen proletarischen Kultur schickt euch eine junge Wetzlarer Arbeiterin folgendes selbstverfasstes Gedicht:**

Des schweren Tagwerks Schinderei
Der stumpfen Hetze Einerlei
Des Arbeitsmannes harte Knechtung
Unterdrückung und Entrechtung.

Lohnraub, Steuerlast und Teuerung
Wuchermiet' und Aufrüstung:
Erst unser Kampf, er macht uns frei
Schafft Frieden, Wohlstand, Recht herbei!

Von Hass das heiße Herz beseelt
Von Arbeit hart der Arm gestählt
Steht der Prolet und blickt nach vorn
Dem Volke Lieb' – dem Feinde Zorn!

Für uns hat nur noch eines Sinn:
Vorwärts! Zum Sozialismus hin!
Die Arbeit hat uns stark gemacht
Zu siegen in der letzten Schlacht.

Zum Klassenkampf nun aufgewacht
Nehmt das Gewehr, erkämpft die Macht!
Fest führt uns auf dem Weg dabei
Die Kommunistische Partei!

Macht Schluß mit Elend, Krieg und Not,
Schluß mit der Knechtschaft saurem Brot!
Der Zukunft Sonne leuchtet rot.
Der Sieg der Arbeit – Feindes Tod!

**Das Gedicht kann man als Lied singen nach der Melodie des alten Wiener Arbeiterliedes "Wir sind das Bauvolk". Der Refrain, der alle vier Zeilen gesungen wird, lautet dann:**

Wer geht voran, wer trägt die Fahne?
Wer macht die düstre Nacht uns hell?
Das sind der Zukunft getreue Kämpfer,
Das ist die KPD/ML!

## Unfallaufnahme in Bayern: 'Haben sie Vermögen ?'

Neulich baute ich einen Unfall. Wie das im einzelnen passierte, ist hier nicht wichtig. Jedenfalls kamen bald die Bullen und nahmen den Unfall auf. Erst stellten sie die üblichen Fragen. Dann kam die etwas sonderbare Frage: Wie heissen ihre Eltern ? Wüsste nicht, was mein längst schon verstorbener Vater oder meine 81 Jahre alte Mutter mit meinem Unfall zu tun haben sollen. Ich dachte: Lass mal den Amtsschimmel wiehern. Doch schon bei der nächsten Frage wieherte nicht mehr bloss der Amtsschimmel, da heulte der kapitalistische Ausbeuterwolf. "Haben Sie Vermögen ?" Komische Frage. Was geht das die Bullen oder später das Gericht an ? Schliesslich habe ich eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen. Sollte ich einen Schaden angerichtet haben, dann hat sie ihn zu decken. Aber eins weiss ich: hätte ich die Frage mit Ja beantwortet, wären die Bullen in Ehrfurcht erstarrt. "Haben Sie Vermögen ?" wiederholt der

eine Bulle seine Frage und ich sage: "Ja, da steht es, leicht zerbeult" und zeige auf meinen Wagen. Der Bulle grinst süss-sauer. "Haben Sie ein Ehrenamt ?" fragt er weiter und gibt sich gleich selber die Antwort: "Haben Sie bestimmt nicht." Da hat er recht. Also ist der verbeulte Wagen nicht in 'Ehren' verbeult worden.

Wozu dienen solche Fragen ? Ganz einfach: sie geben Bullen und Richtern einen Hinweis, wie der Fall zu behandeln ist. Vermögen und Ehrenämter, also sachte, höflich, zuvorkommend und zugunsten des Unfallverursachers. Kein Vermögen und keine Ehrenämter, also gib ihm Saures, dem Strolch, soll froh sein, dass er überhaupt Autofahren darf.

Ich weiss nicht, ob man auch in anderen Bundesländern bei einem Unfall nach dem Ahnenpass, dem Vermögen und den Ehrenämtern befragt wird. Ich weiss nur, dass wir Arbeiter vor dem Gesetze alle gleich sind. Nämlich gleich beschissen.

## 'Dein (Un)glück ist Berlin'

**"Deine Chance ist Berlin" – mit diesem Slogan wird seit Jahren unter Firmen und unter dem werktätigen Volk für den Umzug nach Westberlin geworben. Mit diesen Werbeaktionen soll das wirtschaftliche und soziale Absterben Westberlins gestoppt und darüber hinaus Westberlin als die 'Hauptstadt Berlin' aufpoliert werden. Wer dabei gewinnt, sind das Kapital und der gesamte westdeutsche Imperialismus. Für den einfachen Menschen werden noch nicht einmal die gegebenen wirtschaftlichen Versprechungen eingelöst. Der folgende Bericht aus Westberlin zeigt das deutlich:**



**K o r r e s p o n d e n z.** Auf diesen Werbespruch bin auch ich hereingefallen. In allen Zeitungen werden in grossartigen Anzeigen des Berliner Senats solche Lügen verbreitet, werden Arbeiter und Angestellte mit tönenden Versprechungen eingefangen. Weil der Rote Morgen eine wirkliche Arbeiterzeitung ist, will ich heute in ihm schreiben, wie die Kehrseite dieser grossen 'Chance' aussieht.

Ich bin mit meiner Frau aus dem Ruhrgebiet hierhergekommen. Weil ich einen Arbeitsunfall hatte, fand ich schlecht einen richtigen Arbeitsplatz. Wenn's nun mit der Arbeit hapert, siehts auch mit Wohnung schlecht aus. So nutzten wir also 'unsere Chance' und fuhren nach Berlin, nachdem uns versichert wurde, wie nötig man uns dort brauchen würde.

Gleich am ersten Tag jedoch gings mit den Enttäuschungen los. Wohnung? Denkste! Das Obdachlosenasyl, in das wir gesteckt wurden, ist keine Wohnung. Ich lege Euch ein Bild von diesem Stall bei. Hätte ich nun wenigstens Arbeit bekommen, um schnell da raus zu kommen. – Zweite Enttäuschung! "Schwerbeschädigt? Kommen Sie ein ander Mal wieder." Die wenigen Angebote, die ich bekam, waren für mich körperlich unannehmbar. So ging das bald ein halbes Jahr.

Inzwischen kam unsere kleine Tochter zur Welt und die Lage war wirklich unerträglich. Kurz vorher lernten wir Rote-Morgen-Leser kennen. Durch gemeinsame Anstrengung fand sich ein Arbeitsplatz, später, je mehr Dampf den Bürokraten gemacht wurde, klappte es auch mit einer Wohnung. Das war das Notwendigste und Mindeste.

**Doch der Kampf geht weiter. Jetzt erst recht. "Deine Chance ist Berlin", das war nur die jüngste bittere Erfahrung, die ich mit der kapitalistische Sauordnung gemacht habe. Für mich wird es immer klarer: Gegen diese 'Ordnung' muss der Kampf aufgenommen werden, mit Stumpf und Stil muss sie ausgerottet werden.**
**UNSERE CHANCE – DAS IST DER SOZIALISMUS!!**

D.S., Berlin




Schlägt ein und zündet!
SOLDATENZEITUNG DER ROTEN GARDE

## Siemens: Rüstungsproduktion floriert

**UND DAS NEUESTE...**

"Schon in der Weimarer Republik und während des Hitlerfaschismus hatte Siemens Zeit genug, Erfahrung für die Kriegsproduktion zu sammeln. Inzwischen wurde aber die Beteiligung an ihr um 55% erhöht.
Im ersten Moment möchte man glauben, Siemens produziere nur Haushaltsgeräte und Ähnliches.

– Kein Kampfflugzeug, kein Panzer, keine Rakete, kein Zerstörer und kein U-Boot ist mehr ohne Elektronensystem denkbar.

– Sprechfunkgeräte, Aufklärungspeiler, Munition mit programmierter Zündung – das ist Sache der Elektronentechnik geworden.

– auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik ist Siemens nach eigner Aussage besonders vorn dran.

– Ganze Unternehmensbereiche, wie das in der Hoffmannstrasse und Balanstrasse in München, produzieren und entwickeln für den Barras.

Aber das ist Siemens noch nicht genug. Künftig sollen auch die persönlichen Beziehungen zum Bund vertieft werden. Immer häufiger werden hohe Offiziere zu Besichtigungen in die Werkshallen eingeladen.

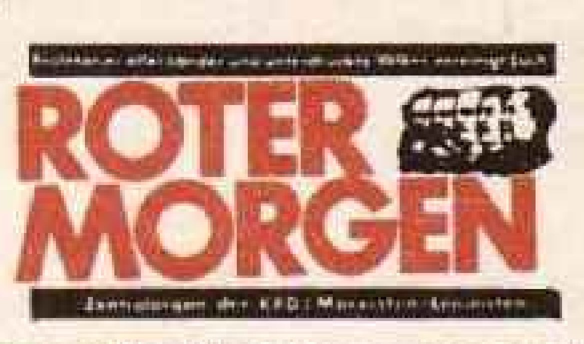
**Kollegen, die sich um eine Stelle bei Siemens bewerben, werden nach guten oder schlechten Zeugnissen vom Bund bewertet: "Gehorsame Soldaten sind auch gehorsame Arbeiter."**

Der Artikel schliesst mit dem Aufruf:
**Kämpfen wir dafür, dass sie uns nicht mehr in den Krieg schicken können... Im Ernstfall müssen wir die Gewehre umdrehen, denn der Feind steht im eigenen Land."**

## Bestellschein

**HIERMIT BESTELLE ICH:**
**PROBENUMMER** ☐
**DEN ROTEN MORGEN AB NUMMER** ............

**Bestellungen an:**
**87 Würzburg, Postfach 612**




Der ROTE MORGEN erscheint wöchentlich und kostet pro Jahr (52 Ausgaben) einschliesslich Porto DM 25,–. Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

**NAME, VORNAME** ..............................
**BERUF** ..............................
**POSTLEITZAHL, ORT** ..............................
**STRASSE** ..............................
**DATUM** ..............................
**UNTERSCHRIFT** ..............................

**Kontaktadresse:**